



Stetiges Abonnement in Breslau 2 Zhl., außerhalb incl. Porto 2 Zhl. 15 Sgr. — Zusatzengebühren für den Raum einer fünfsätzigen Zeile in der ersten Spalte.

Eraktion: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem erscheinen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 29. Morgen-Ausgabe.

Sechshundertfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonntag, den 18. Januar 1873.

Staats- und Privateisenbahnen.

Unser gestriger Artikel war nach dem ersten Tage der Verhandlungen über das Anleihegesetz geschrieben, wir ahnten nicht, daß der zweite Tag noch so tief eingehende Verhandlungen bringen würde. Inzwischen haben wir von Neuem die Erfahrung gemacht, daß die Zahl der Anhänger eines reinen Staatsbahnsystems im Wachsen ist. Namentlich war es ein entschiedenes Mitglied der Fortschrittspartei, das, nach den jetzt üblichen Exordien gegen das Manchesterthum unserer Bureaucratie ein sehr umfassendes Vertrauensvotum gab. Im Jahre 1862 faßte das Abgeordnetenhaus mit sehr großer Majorität eine Resolution in welcher es sich entschloß, gegen den Neubau von Eisenbahnen durch den Staat auszusprechen, wo nicht etwa strategische Rücksichten etwas Entgegengesetztes verlangen. Schon im Jahre 1865 — wenn unser Gedächtnis uns nicht täuscht — lehnte das Abgeordnetenhaus den von der Regierung beantragten Verkauf an eine Privatgesellschaft ab. Heute würde es vielleicht möglich sein, eine Resolution gegen den Neubau von Privatbahnen zu extrahieren. Wir wundern uns weder über den Wechsel der Meinungen, noch tadeln wir ihn; aber das Beispiel zeigt, wie wenig Gewicht auf „Resolutionen“ zu legen ist; wo die Volksvertretung nicht durch Gesetze sprechen kann, thut sie besser zu schweigen.

Seltener Weise ist der stärkste Grund, der für das Staatsbahnsystem angeführt werden kann, in der Debatte gar nicht zur Sprache gekommen. Was gegen die Staatsindustrie im Allgemeinen spricht, ist die Ungenauigkeit einer amtlichen Verwaltung, der Mangel kaufmännischer Schnelligkeit im Erfassen und Benützen der Conjunctionen. Nun, genau dieselben Gründe sprechen gegen die Verwaltung durch eine große Actiengesellschaft. Der Staat verwaltet seine Eisenbahnen nicht selbst und die Actiengesellschaften verwalten sie auch nicht selbst. Der eine wie die anderen setzen eine Direction ein. Diese Directionen entnehmen ihr Personal denselben Berufsständen; in den Staats- wie in den Privatbahn-Directionen sitzen Eisenbahn-Baumeister und Beamte, die das höhere Verwaltungseramen bestanden haben. Die einen schreiben sich Geh. Regierungsrath schlechtweg; die anderen Geh. Regierungsrath a. D.; das ist der ganze Unterschied. Die Bureau-Einrichtungen, die Instruktionen, die Dienstpragmatiken gleichen sich vollständig. Wer eine im Staatsbesitz befindliche Porzellanfabrik oder Spinnerei, ja wer eine Commandite der Preussischen Staatsbank besucht, der empfindet es sofort, daß er sich nicht in einer kaufmännisch geleiteten Anstalt befindet. Allein es gehört eine feine Nase dazu, den Einrichtungen einer Eisenbahn anzumerken, ob dieselbe ein privates oder ein staatliches Unternehmen ist. Der Geist, den die Persönlichkeit des Directors seinen Beamten einhaucht, ist das Entscheidende. Es giebt Staatsbahnen, die vorzüglich geleitet werden, und ebenso vorzüglich geleitete Privatbahnen. Es giebt miserable Privatbahnen und ebenso schlechte Staatsbahnen. Der Gedanke, daß alle Bahnen in den Staatsbesitz übergehen sollen, ist vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Theorie nicht so ungeheuerlich, wie es auf dem ersten Blick erscheint.

Allein desto schwerer wiegt das politische Bedenken. Nicht als Volkswirth, aber als Mitglieder der liberalen Partei empfinden wir ein Grauen bei dem Gedanken, die Zahl abhängiger Beamten in maßloser Weise zu vermehren. Im Jahre 1870 gab es bei den preussischen Eisenbahnen 28,264 mit Vocation versehene Beamte und 18,781 Arbeiter. Etwa die Hälfte beider Kategorien entfiel auf die von Privat-Directionen verwalteten Bahnen. Die Zahl ist in schnellem Wachsen begriffen, denn sie hat sich seit 1863, also in etwa sieben Jahren verdoppelt. Daran trägt freilich die Uebernahme der Eisenbahnen in den annectirten Staaten einen Theil der Schuld. Allein auch in gewöhnlichen Zeiten wächst die Anzahl der Eisenbahnbeamten jährlich um etwa 6 Procent. Das ergibt nach der Zins- auf Zinsrechnung etwa von zehn zu zehn Jahren eine Verdoppelung des Beamtenheeres, und hierin erblicken wir eine große Gefahr.

Man behauptet, die Concessionirung von Privatbahnen schließe eine Beraubung des Publikums in sich, das außer den unerläßlichen Kosten des Transportbetriebes noch die fetten Dividenden der Actionäre tragen müsse. Diese Behauptung hat etwas Komisches. Viele Jahre lang hat die Privat speculation sich von der Errichtung von Eisenbahnen beinahe völlig abgewandt und, wenn man von den Stroussberg'schen Unternehmungen absteht, ist erst seit etwa einem Jahre wieder einige Neigung dazu erwacht. Aber noch jetzt haben Eisenbahn-Unternehmungen bei weitem nicht die Anziehungskraft, wie Bank- oder Industrie-Unternehmungen. Die Zeichnung für die Linde Cuxhaven-Stade ist fast mißglückt. Das große Capital muß doch also die Dividenden, die es aus Eisenbahn-Unternehmungen zieht, nicht allzu fett gefunden haben. In der That verzinst sich das auf Eisenbahn-Anlagen verwendete Capital in Preußen durchschnittlich mit sechs Procent. Wir wissen keinen industriellen Betrieb, der weniger Chancen darbiete. Einige wenige Eisenbahnen überschreiten jenen Durchschnittssatz erheblich; dafür haben die Actionäre vieler anderer Bahnen, z. B. Rhein-Nahe ihr Geld hergegeben „pour le roi de Prusse“.

Daß die Privatbahnen das Publikum theurer bedienen, als die Staatsbahnen, ist durch die Statistik noch nicht erwiesen.

Nun führt man die Analogie von Post, Straßen und Schiffsverkehr gegen die Privateisenbahnen an. Gewiß, ein Strom oder eine Chaussee gehört nie einer Privat-Gesellschaft, sondern dem Staat oder dem Kreise. Aber die Lastwagen, die auf der Chaussee und die Schiffe, die auf dem Strome fahren, gehören doch den Privaten. Die Zustimmung, daß der Staat die Landstraße von Berlin nach Breslau oder die Wasserstraße von Breslau nach Stettin einer Privat-Gesellschaft verkaufen sollte, erscheint uns ungeheuerlich; aber die Forderung, daß der Staat alle Frachtwagen und Schiffe ankaufen sollte, erscheint uns nicht viel sinniger. In der Postverwaltung hat der Staat ein Monopol nach dem andern ausgegeben, und in der Eisenbahn Verwaltung sollte er mit einem Male ein gewaltiges Monopol an sich reißen!

Ob es dahin kommen wird, daß der Staat je alleiniger Eisenbahnbefitzer wird, wissen wir nicht; aber daß, wenn es dahin kommen sollte, der Verkehr schlimme Erfahrungen machen wird, wissen wir gewiß.

Zur Sybow'schen Angelegenheit.

Wir haben bereits mitgetheilt, daß von den Geistlichen, welche die Erklärung des Unionsvereins-Vorstandes vom 8. Juni 1872 unterzeichnet hatten (den Herren Hübner, Visco, Müller, Richter, Thomas), ein besonderer Schritt gethan sei, der ihre Stellung zu der Verurtheilung

Dr. Sybow's unzweideutig darthut. Die „Nat.-Z.“ ist heute in den Stand gesetzt, die von diesen Herren ausgegangene Eingabe an den evangelischen Oberkirchenrath zu veröffentlichen, welcher noch andere Berliner Geistliche beigetreten sind. Es ist gewiß für die weitere Entwicklung der die Verödung auf die tiefste erregenden Angelegenheit von großer Bedeutung, daß jetzt schon 12 Berliner Geistliche sich rückhaltlos mit Dr. Sybow identifiziren, daß sie dies nicht bloß in einer öffentlichen Erklärung (wie die vom 8. Juni), sondern in einer amtlichen Eingabe an die oberste Kirchenbehörde thun, welche dieselbe unmöglich ignoriren kann. Der Inhalt dieser Erklärung kann ohne Zweifel der Zustimmung weiterer Kreise gewiß sein. Die Eingabe lautet:

Berlin, den 8. Januar 1873.

Hochw. Evangelischer Oberkirchenrath!

Das Hochwürdigste königliche Consistorium der Provinz Brandenburg hat den Herrn Prediger Dr. Sybow wegen angeblich schwerer Verletzung seiner Amtspflichten seines Amtes entsetzt. Die Unterzeichneten halten sich verpflichtet, Angesichts der schweren Wirren und Gefahren, welche durch diesen Beschluß über unsere evangelische Landeskirche heraufbeschworen werden, Einen Hochw. evangelischen Oberkirchenrath geborsamst und dringendst zu bitten:

den Beschluß des königlichen Consistorii betreffs der Amtsentsetzung des Predigers Dr. Sybow aufzuheben.

Die Pflicht der Wahrhaftigkeit gegen unsere Behörde gebietet uns zuvörderst, offen und freimüthig zu erklären, daß wir in den Ständen, welche dem Prediger Dr. Sybow als eine schwere Verletzung seiner Amtspflicht ausgesetzt werden und seine Abhebung begründen sollen, uns mit dem Prediger Dr. Sybow durchaus eins wissen: daß wir in Bezug auf die Heilige Schrift, in Bezug auf die Auffassung der alten Bekenntnisschriften und die Augustana, in Bezug auf die nun gerade 300 Jahre alte Kirchenordnung der Mark Brandenburg, in Bezug auf unsere Vocationsurkunden und unsere Ordinationsgelübde durchaus die gewissenhafte, vom Evangelium gewährte, vom Protestantismus geforderte innerliche und freie Auffassung theilen, welche den Dr. Sybow in seinem amtlichen und außeramtlichen öffentlichen Thun bis zu seiner Amtsentziehung geleitet hat, und daß wir dieselbe auch auf der Kanzel und im Confirmationsunterricht praktisch befolgen. Demzufolge sind in Dr. Sybow auch wir angegriffen und verurtheilt.

Aber nicht bloß wir. Indem das königliche Consistorium dem Buchstaben der Bekenntnisschriften verbindliche Kraft beigelegt und eine Abweichung von denselben mit Amtsentzung bestraft, erklärt es die gesammte wissenschaftliche Theologie für unberechtigt in der evangelischen Kirche. Denn diese Theologie hat längst die wissenschaftlichen Schranken der Bekenntnisse durchbrochen und die Unhaltbarkeit der theologischen Vorstellungen vergangener Jahrhunderte über die wichtigsten Sätze der altkirchlichen Dogmatik, wie z. B. über die Inspiration der heiligen Schrift, die Trinität und die Person Christi dargelegt; und nur die Resultate dieser Theologie, welche sie in erster wissenschaftlicher Arbeit gefunden hat und welche heute von vielen Lehrstühlen verkündigt werden, hat Dr. Sybow ausgesprochen.

Die Verurtheilung der wissenschaftlichen Theologie in der Person des Dr. Sybow durch das königliche Consistorium auf Grund der Bekenntnisschriften und der altkirchlichen Auffassung der Heiligen Schrift ist aber um so unbegründeter, als schon die Generalsynode von 1846 mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität unter ausdrücklicher Zustimmung des damaligen Ministers der geistlichen Angelegenheiten, Dr. Eichhorn, die Nothwendigkeit neuer und freierer Verfassungsgesetze an Stelle der alten und veralteten anerkannt hatte; und es hätte deshalb dem königlichen Consistorium wohl die Erwägung nahe liegen können, ob es rathsam sei, ein gegen einen so ehrwürdigen Mann, wie Dr. Sybow, so hartes und zugleich ein so weittragendes Urtheil auf Grund solcher als veraltet anerkannter Formeln zu fällen.

Das königliche Consistorium ignorirt nicht nur mit diesem Vorgehen vollständig eine dreihundertjährige wissenschaftliche Entwicklung, die bis vor dreißig Jahren unter den Auspicien und der Pflege des preussischen Kirchenregiments selbst sich vollzogen hat, eine Entwicklung, die doch kein Machtgebot einer Behörde rückgängig machen kann, sondern es verlegt auch auf das Schwere die Grundsätze der protestantischen Kirche, welche zu schützen es verpflichtet ist. Eine theologische Lehreinheit, wie sie das königliche Consistorium gemäß der Theologie der Bekenntnisschriften zur Geltung bringen will, ist höchstens in der katholischen Kirche mit ihrem Gewissenszwang möglich, aber ganz unmöglich in der evangelischen Kirche, in welcher, so lange die reformatorischen Grundsätze von der freien Forschung in der Schrift und der alleinigen Gebundenheit der Gewissen an Gott und an Christus Geltung haben, auch sehr verschiedene theologische Standpunkte als gleichberechtigt neben einander gelten müssen. Nicht ein theologisches System, sondern die Stellung des Herzens zu Christus und das dem entsprechende sittliche Leben muß in der evangelischen Kirche das Entscheidende und Berechtigende sein; sonst vergräbt sie ihren Ursprung. In der Beurtheilung des Dr. Sybow allein wegen seines theologischen Standpunktes verleugnet das königliche Consistorium jene reformatorischen Grundsätze auf das Schwerste. Dem gegenüber müssen wir mit aller Entschiedenheit kraft unserer protestantischen Rechte als Geistliche der evangelischen Kirche für unsere theologischen Ueberzeugungen nicht bloß Duldung, sondern völlige Berechtigung in der evangelischen Kirche in Anspruch nehmen.

Wir kennen keinen anderen Herrn in unserer evangelischen Kirche als unsern Herrn Jesus Christus, unsern Erlöser. Das ist der feste Grund, auf dem wir stehen, nicht aber sind die Herren unseres Glaubens die Väter von Nicäa und Chalcedon, noch die Theologen, welche die Bekenntnisschriften des 16. Jahrhunderts verfaßt haben, deren Lehrenmeinungen gemäß den Resultaten der fortwährenden Wissenschaft freimüthig zu kritisiren und wo sie irthümlich sind, zu verwerfen, wir als unser evangelisches Recht in Anspruch nehmen und stets nehmen werden. Ein Kirchenregiment, welches jenen Lehren, die bei aller Ehrwürdigkeit doch Menschenfahrungen sind und bleiben, normative Bedeutung beilegt, huldigt den Grundsätzen des Romanismus und stellt in jenen Schriften unserer Kirche einen Papst auf, für welchen es gleiche Unfehlbarkeit in Anspruch nimmt, wie die römische Kirche für den ihren.

Die schweren Gefahren, welche damit unserer evangelischen Kirche drohen, können einem hohen evangelischen Oberkirchenrath unmöglich entgehen. Durch die Durchführung des consistorialen Princips kann unsere Kirche nicht gebaut, sondern nur zerrüttet werden. Mit Dr. Sybow ist die wissenschaftliche Theologie nicht mundtot gemacht; sie wird fortfahren sich geltend zu machen auf Kanzel und Katheder, in amtlicher und außeramtlicher Wirksamkeit, durch Wort und Schrift. Auch wir, die gehorsamt Unterzeichneten, fühlen uns in unserem Gewissen gebunden, unbeirrt wie bisher unsere theologischen Ueberzeugungen offen auszusprechen, weil wir auf das Festeste sowohl davon durchdrungen sind, daß vielen Gemüthern nur dadurch das Evangelium von Jesu Christo nahe gebracht werden kann, als auch davon, daß wir, weit entfernt dadurch unser Ordinationsgelübde zu verletzen (wie das königliche Consistorium den Dr. Sybow beschuldigt), gerade durch ein solches Auftreten die Treue gegen dasselbe bewahren. Die Folgen des consistorialen Verfahrens müssen daher neue Glaubensgerichte sein, welche die Wirren und den Unfrieden in der Kirche permanent machen würden.

Es ist bekannt, ein wie großer Theil unseres Volkes zerfallen ist in den orthodoxyen Vorstellungen, in modernen Anschauungen lebt und weht. Die Aufgabe der Vertreter der liberalen Theologie unter den evangelischen Geistlichen ist es gewesen, diese Vielen bei der Kirche zu erhalten und die Vereinbarkeit der modernen Bildung mit dem Christenthum der evangelischen Kirche darzulegen; und daß diese Aufgabe an Vielen mit Erfolg gelöst ist, daß gerade das offene Ausprechen der Resultate der neuern kritisch-theologischen Forschungen nach dieser Seite hin ersprießlich gewesen, daß unsere theologische Richtung dadurch ein Segen für die Kirche geworden ist, das vertrauen wir uns getrost zu behaupten, und nur ein ganz verblendeter

Parteistandpunkt kann es leugnen. Wird den Vertretern dieser Theologie kein Raum mehr in der Kirche gewährt, so werden jene Vielen wahrlich nicht orthodoxy werden, sondern mit der Kirche gänzlich zerfallen. In immer weiteren Kreisen wird sich die Ueberzeugung verbreiten, die Zugehörigkeit zu einer solchen Kirche sei unvereinbar mit der persönlichen Gewissenhaftigkeit selbstständig denkender Männer und mit der Bildung unsern Jahrhunderts. Spaltungen innerhalb der Kirche, Auflösung der Union, Schädigung des religiös-sittlichen Lebens unsrer Gemeinden, Untergrabung und Erschütterung der tiefsten Grundlagen der neu gewonnenen Gestalt unsers nationalen Lebens müssen die unaussprechliche Folge sein.

Die Geringfügigkeit des Protestantismus muß zunehmen, wenn unser Volk weiß, daß alle seine Geistlichen sich in einem Kreis abgehorhter Vorstellungen bewegen, für welche dem größeren Theil unsers Volkes immer mehr jeder Sinn und jedes Verstandniß verloren geht; ja es wird durch solche Verfolgung, wie die gegen Dr. Sybow, durch die Drohung, die darin für alle andern Geistlichen liegt, in immer weiteren Kreisen die schon jetzt vielfach gehegte Meinung sich verbreiten, die Geistlichen vertheidigten nicht ihre eigene Ueberzeugung, sondern gehorchten dem ihnen auferlegten Zwange.

Das Studium der Theologie, jetzt schon in Besorgniß erregender Abnahme, wird von allen geistig regeren und selbstständig denkenden Jünglingen gemieden werden, wenn von vornherein die Zustimmung zu einem Lehrsystem verlangt wird, dem auch sie nach ihrer ganzen Bildung und Erziehung unter den Einflüssen der Gegenwart fremd gegenüberstehen. Indem dann der geistliche Stand sich mehr und mehr vorzugsweise aus den geistig Trägern und den Gewissenlosen, die es mit Ueberzeugungen leicht nehmen, wird rekrutiren müssen, wird derselbe, über dessen Mangel an wissenschaftlicher Bildung und sittlicher Charakterfestigkeit schon jetzt vielfach Klage geführt wird, immer mehr zur geistigen Führerschaft in Gemeinde und Volk unfähig werden.

Die evangelische Kirche aber wird auf diese Weise immer mehr, gleich der römischen, in einen feindlichen Gegensatz gegen die Bildung und das Culturleben unserer Zeit gedrängt, aber, da sie nicht in dem Besitz der Machtmittel ist, welche der römischen Kirche einen Einfluß auf das Volk gewähren, damit auch jeden nennenswerthen Einfluß auf das geistige Leben unsers Volkes verlieren, der wahrlich schon jetzt gering genug ist.

Die evangelische Kirche wird durch solche Vorgänge zum Gespött ihrer Gegner; mit Hingabe werden die Organe des Ultramontanismus auf den Proceß gegen Dr. Sybow hin und finden darin die Wichtigkeit des ultramontanen Princips auch von einer evangelischen Kirchenbehörde bestätigt. In einer Zeit, in welcher dem kühnen Auftreten des Ultramontanismus gegenüber die evangelische Kirche alle ihre Kräfte zusammennehmen, ihren fundamentalen Gegensatz gegen das römische Wesen in aller Schärfe hervorkehren sollte, findet es eine kirchliche Provinzialbehörde Preußens zulässig, eine Verurtheilung auszusprechen, durch welche die schwersten Erschütterungen und Spaltungen in der evangelischen Kirche heraufbeschworen werden, in welcher die Verleugnung der wichtigsten evangelischen Grundsätze klar zu Tage liegt.

Bei so gewaltigem Ernst der Lage, bei so schweren Gefahren, welche unserer Kirche drohen, wenn auf dem von dem königlichen Consistorium der Provinz Brandenburg betretenen Wege nicht schleunigst inne gehalten wird, haben wir uns in unserem Gewissen verpflichtet gefühlt, freimüthig, wie es evangelischen Männern geziemt, zu unserer obersten Kirchenbehörde zu reden. Wir bitten noch einmal:

Ein Hochw. Evangelischer Oberkirchenrath wolle den Beschluß des königlichen Consistorii, betreffend die Amtsentsetzung des Dr. Sybow aufheben. H. Hübner, Prediger zu St. Andreas. Dr. Visco, Prediger an der Neuen Kirche. M. Müller, Prediger am Gr. Friedrichs-Waisenhaus zu Nummernburg bei Berlin. W. Müller, Prediger an der Jerusalemkirche. P. Richter, Prediger an St. Marien. R. Thomas, Fröhenprediger an der Jerusalem- und Neuen Kirche. R. Rhode, Prediger an der Luisenparkkirche. S. Schmidt, Prediger an St. Nicolai. C. Spinnenhardt, Prediger an St. Nicolai. Richter, Prediger in Mariendorf bei Berlin. Dr. Thomas, Prediger an St. Nicolai. Weitling, Prediger an der St. Petrikirche.

Breslau, 17. Januar.

Die große Debatte über die kirchlich-staatlichen Gesetze hat gestern im Abgeordnetenhaus begonnen. Aufrecht gesagt, hat sie uns nicht sehr befriedigt. Der Einzige, der mit vollem Bewußtsein von dem schweren welt-historischen Kampfe, um den es sich handelt, die Rechte des nationalen Staates gegenüber den von einer auswärtigen Macht dirigirten clericalen Uebergriffen in gewichtiger Rede vertrat, war der Abg. von Bennigsen; er gab die würdigste Antwort auf die Scheingründe des Abg. Reichensperger, der übrigens im Vergleich zu andern Mitgliedern der ultramontanen Fraktion mit anerkennenswerther Mäßigkeit sprach. Der Abg. Dunder beneiden wir nicht, und wir glauben, er wird sich selbst nicht beneiden um die Zustimmung, die ihm von den Welsen und Ultramontanen in reichem Maße zu Theil wurde. Wir halten die freie Meinungsäußerung, auch wenn sie von der Parteischablone abweicht, sehr hoch; wir haben sie selbst in mancher Parteifrage für uns in Anspruch genommen — aber in einer so wichtigen Principienfrage, wie sie zur Zeit dem Abgeordnetenhaus vorliegt, würden wir es uns immer und immer wieder überlegen, ob wir uns da von der gesammten liberalen Partei trennen und uns in die Nothwendigkeit versehen, mit den Ultramontanen, Welsen und allen staatsfeindlichen Elementen zusammen zu stimmen.

Wir haben neulich nach der „Deutschen Reichs Corr.“ gewisse Aeußerungen mitgetheilt, welche der König von Baiern zu einer städtischen Deputation aus Füssen über die dem deutschen Kronprinzen dargebrachten Ovationen gethan haben soll. Die in München erscheinenden „Neuesten Nachrichten“ schreiben darüber:

So hat Baierns König sicher nicht gesprochen. Der Kronprinz des deutschen Reiches hat die bairische Armee so ruhmollen Thaten geführt und hat sich mit ihr solche dauernde Verdienste um Baiern erworben, daß man ihm wahrlich mehr als einmaligen Dank schuldig ist und eine andere Behandlung als die des Mören im Fiesko. So lange ein Deutschland giebt und in ihm ein reichstreu Baiern, wird das bairische Volk dem kaiserlichen Feldherrn zujubeln, der Weib und Kind, die Freuden und die Sicherheit eines königlichen Hofes verlassen hat, um hinauszuweichen in den blutigen Kampf fürs Vaterland, um mit den Soldaten Ehre und Ruhm, aber auch Gefahr und Ungemach brüderlich zu theilen. Baierns Volk und sein König können nie vergessen, daß der deutsche Kronprinz in herbvorrangender Weise mitgeholfen hat, daß Baiern und ganz Deutschland vor der Schmach und der Noth einer französischen Occupation bewahrt blieben, und daß wenn heute Industrie und Handel, Kunst und Literatur in ungewohnter Weise als Segnungen des Friedens blühen, wir dies lediglich der treuen Wacht am Rheine zu verdanken haben, deren bester Führer einer der deutsche Kronprinzen war. Es ist geradezu empörend, daß man unsern Könige nachzulagen wagt, er habe dies alles vergessen. Der Kronprinz von Preußen ist nebenbei bemerkt nirgends in Baiern ein „Privatmann“, sondern er ist an allen Orten Deutschlands der Kronprinz des deutschen Reiches, der künftige Deutsche Kaiser.

Nun, wir wünschen sehr, daß das bairische Volk Recht hat und daß Baierns König wirklich nicht so gesprochen hat, wie damals erzählt wurde.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat sich nach einer kurzen Größnungsitzung bis Dienstag vertagt. Es scheint dies im Einverständnisse mit der Regierung geschehen zu sein und darauf hinzudeuten, daß das Ministerium an diesem Tage in der Lage sein wird, die Wahlreform-Vorlage einzubringen.

gen. Der kurze Aufschub bezüglich dieser Vorlage, ist durch die Wünsche veranlaßt, welche von mehreren Abgeordneten geäußert wurden, und welche eine nochmalige Konferenz aller Minister notwendig erscheinen ließen. Insbesondere haben die Vertreter Mährens eine neuerliche Vermehrung der Zahl der Abgeordneten dringend gewünscht.

Aus der Schweiz wird der „N. Z.“ jetzt Näheres über die Verhandlungen des Genfer großen Rathes in Betreff des vom Staatsrath vorgelegten neuen Gesetzes über Organisation des katholischen Cultus, gemeldet. James Fazy hatte den Antrag auf motivirte Tagesordnung gestellt, dahin gehend, daß man vor Berathung des Entwurfs gemäß Art. 130 der Genfer Verfassung (dieser Artikel, sowie das neue Gesetz ist im Wortlaut mitgetheilt worden) in Unterhandlung mit der geistlichen Oberbehörde treten solle, blieb aber mit nur 5 gegen 93 Stimmen in der Minderheit. Diesen Antrag, welcher übrigens gegen alles verfassungsmäßige Recht ist, bestritten namentlich Carteret, Gschäbier, Quaglia und Baud. Der Staatsrath habe gegenüber den ungerechtfertigten Angriffen des Clerus große Mäßigung bewiesen; dieser Artikel sei die Ursache des gegenwärtigen Conflicts, somit auch Ursache des neuen Gesetzes, und der Staat daher jeder Verpflichtung gegen ihn enthoben. Ein anderer Redner, A. Gros, äußerte: er, als Katholik, könne nicht für das Gesetz stimmen, werde sich aber freuen, wenn ein Gesetz zu Stande komme, welches vollständige Trennung von Kirche und Staat ausbreite. Mayor endlich stellte sich auf den Standpunkt James Fazy's; der Staatsrath habe dem Art. 130 der Genfer Verfassung nicht genug Rechnung getragen. An der vorberathenden Discussion, welche, wie üblich, nach Verwerfung des Antrags auf motivirte Tagesordnung und nach Ueberweisung des Entwurfs an eine Commission stattfand, theilnahmen sich etwa 15 Redner, von denen nicht weniger als 5 sich für den Grundsatz der Trennung der Kirche vom Staat, oder vielmehr für absolute Ignorirung der ersteren seitens der letzteren, aussprachen. So unter anderen G. Piclet, Sarasin, Dumant und selbst auch James Fazy, ja sogar die Staatsräthe Carteret und Ormond zeigten sich in der Theorie nicht als Gegner dieser Ansicht, so daß eine Lösung der Frage in diesem Sinne nicht zu den Unmöglichkeiten gehört.

Die italienischen Blätter, natürlich mit Ausnahme der republikanischen, besprechen den Tod Napoleons III. in äußerst wohlwollender Weise: Obwohl sie zugeben, daß der Verstorbene manchen Fehler begangen und namentlich in der letzten Zeit nicht auf der Höhe seiner Aufgabe gestanden habe, so preisen sie doch sein Andenken als das des Förderers des italienischen Einigungswerkes und des aufrichtigsten Freundes Italiens. Nizza und Saboten, Mantana und die Wunder des heiligen Chasselpots scheinen diese Blätter ganz vergessen zu haben und sich auch nicht daran zu erinnern, daß, wenn Louis Napoleon aus wohlüberlegtem eigenen Interesse den Italienern beistand, er sie dafür gleichsam als seine Vasallen behandelte und seine Hülfe oft sehr stark fühlte. Mit Recht fragt man, ob es nicht zu weit gegangen ist, wenn in diesen Nekrologen vom „großen Bundesgenossen des großen Cabot“, vom „Beglückten Frankreichs“, von ewiger Pflicht der Dankbarkeit Italiens gegen den, der ohne Zweifel viel mehr für Italien gethan haben würde (?) wenn er gekonnt u. s. w. die Rede ist? Dem gegenüber erscheint es allerdings mehr gerechtfertigt, wenn die Radikalen sich Glück wünschen, daß die dunkle Wolke, die bisher mit Napoleon III. an dem Hoffnungshimmel der Freiheit gestanden habe, verschwunden sei. Was die Clericalen anlangt, so thut auch sie, wie eine römische Correspondenz der „N. Z.“ sagt, sich Gewalt an, die Citrone zu brühen. Er habe ja, sagt die „Voce della Verità“, die Kirche nie offen verfolgt (mai perseguito apertamente la Chiesa), nie habe er Krieg wider die Kirche geführt; damit sind auch die Vorgänge in Deutschland abgeklärt. Was aber — so fügt die gedachte Correspondenz mit Recht hinzu, — soll man dazu sagen, wenn das Blatt der Gesellschaft für die katholischen Interessen, trotz seiner Erinnerung an die geheime und offene politische Maulwurfsarbeit in dem Völkergarten Europas, den Verstorbenen schließlich für den Wächter des Friedens (custode d'una lunga pace) erklärt? Die fromme „Armonia“ mit ihrer Einfalt von schlichter Währung konnte aber den Burgwart des Friedens in dem Hingegangenen nie entdecken, sie fand vielmehr für ihn eigens das stehende Prädicat „il moderno Attila“, und wie viele clericalen Brüder und Schwestern machten vor und nach der Schlacht von Castelfidardo nicht dazu Sporrus! Das Blatt der Gesellschaft für die katholischen Interessen ist aber vor vielen andern auch mit der Schwachheit begabt, im Nachsage das wieder in Zweifel zu stellen, was der Vorbesag bereits gewährt hatte. Napoleon war weit entfernt von jenem Schicksalsmann, auf dessen Wachenkruge Alessandro Manzoni sein „canto, che forse non morrà“ niederlegte, er ist nicht

der „uomo fatale“, den seine Verehrer in der hohen italienischen Conforterie aus ihm machen möchten. Er konnte es schon deshalb nicht sein, weil er stets nur mit den Verhältnissen und Menschen ohne die Concurrenz eines höheren Willens rechnete. Die „Voce della Verità“ errichtete ihm ein schwarzes Kreuz, sie hätte besser gethan, es dabei bewenden zu lassen, als mit einer frömmelnden Zergliederung seines Thuns und Lassens nachzukommen: das Leichenuch deckt Alles schon genügend zu und der Tod ist ein Richter ohne Appell.

In Frankreich verfolgt man natürlich die Beust-Gramont'sche Angelegenheit mit ganz besonderem Interesse. Man ist sogar überzeugt, daß dieselbe nun auch vor die National-Versammlung kommen wird. Das linke Centrum beabsichtigt nämlich in der That eine Interpellation zu stellen über den Mißbrauch, den neuerdings mit den diplomatischen Documenten, die dem Staate gehören, getrieben wird. Natürlich ist die Interpellation auf Gramont gemünzt, und Thiers selber soll sie veranlaßt haben, um darin Gelegenheit zu einer Antwort auf Gramont's Behauptungen zu finden. — Was die Person des in dem Beust-Gramont'schen Briefwechsel mehrfach erwähnten Bischofs betrifft, so ruft der Pariser Correspondent der „N. Z.“ nicht mit Unrecht einige Antecedentien desselben in das öffentliche Gedächtniß zurück. „Dieser Graf Bischoff“ — sagt er — „welcher nach den heutigen Enthüllungen des Herzogs von Gramont den Hauptvermittler zwischen den Cabineten von Wien und Paris während der verhängnisvollen Tage des Monats Juli spielte, war bekanntlich zu jener Zeit österreichischer Gesandter in Brüssel. Dem größeren Publikum dürften die Antecedentien dieses Diplomaten nicht bekannt sein, weshalb ich bemerke, daß derselbe, wie Graf Beust, ein Sachse ist und vom 14. Februar 1857 bis 3. J. 1867 als sächsischer Gesandter am englischen Hofe beglaubigt war. Als Herr v. Beust nach dem für Oesterreich und seine Verbündeten unglücklichen Feldzuge von 1866 den Dienst seines Heimathlandes verließ, um die Leitung der österreichischen Politik zu übernehmen, zog er den Grafen Bischoff von Schäßb in die österreichische Diplomatie. Zum österreichischen Gesandten in Brüssel ernannt, wurde von 1867—1870 Graf Bischoff so häufig in Paris gesehen, daß schon damals in den hiesigen diplomatischen Kreisen allgemein angenommen wurde, Graf v. Beust lasse durch diesen seinen Leibs-Diplomaten den „nicht hinreichenden“ Führen von Metternich überwachen für Jelen, der nur einigermaßen in die „Geheimnisse“ der Jahre 1866 bis 1870 eingeweiht ist, bieten die Enthüllungen des Herzogs von Gramont hinsichtlich der Theilnahme des Grafen Bischoff an den österreichisch-französischen Unterhandlungen daher nichts Neues. Graf Bischoff ist seit zwei Jahren Gesandter Oesterreich-Ungarns am Madrider Hofe.“

Die auch von uns mitgetheilte Note des „Bien Public“ Betreffs der Sprache der bonapartistischen Presse seit dem Tode des Kaisers bestimmt das „Ordre“ zu folgender Erklärung:

Wir haben gegen die Ansichten des „Bien Public“ keinen Einspruch zu erheben. Unsere Achtung vor der souverainen National-Versammlung und unsere Unterwerfung unter die bestehende Regierung sind aufrichtig; wir haben es mehr als einmal bewiesen. Wenn die Regierung glaubt, daß irgend eine Gefahr darin liegt, dem kaiserlichen Prinzen den Titel Napoleon IV. zu geben, so thut sie wohl daran, es nicht zu dulden. Ihre erste Pflicht ist, den öffentlichen Frieden aufrecht zu erhalten. Der junge Prinz wird eines Tages in der Politik und der Geschichte den Titel tragen, welchen ihm zuzusprechen der Vorsehung und Frankreich gefallen wird; aber wir geben gern zu, daß er bis jetzt nur der Sohn und der Erbe Napoleons III. ist. Wir protestiren mit der ganzen Kraft unserer Seele gegen jede aufrührerische Absicht. Wir leben unter einem Regime, welches man den Pact von Bordeaux nennt und dessen Aufrechterhaltung die souveraine Versammlung mit so vielem Rechte und so kräftig verteidigt. Wir erkennen die Regelmäßigkeit der bestehenden Gewalten an; aber diese Gewalten behalten dem Lande, wie Herr Thiers es selbst gesagt, das Recht vor, über seine Geschicke zu entscheiden. Wir werden also, wenn der Augenblick günstig sein wird, fortfahren, zu unterjochen, welche Institutionen Frankreichs Zukunft am besten sicher stellen werden; aber man möge nicht befürchten, daß wir jemals an der Beeinträchtigung des jetzigen Regimes, wie provisionalisch es auch sein mag, arbeiten werden. Wir bedürfen zu sehr der öffentlichen Ordnung, um den Gedanken zu hegen, sie zu stören.

Das „Bays“ setzt dagegen seine kühne Sprache fort. Ihm beweisen die Drohungen des „Bien Public“ nur, daß die Regierung sich schwach fühle, die bonapartistische Partei für sehr stark halte und Angst vor ihr habe. Das „Bays“ scheint ganz vergessen zu haben, daß die, welche unter dem „harten Kaiserreich“ „Vive la République“ nur lallten, sofort nach Cayenne und Lambessa gesandt wurden.

In der englischen Presse, die in diesen Tagen von ziemlichem Besorgniß wegen der centralasiatischen Frage erfüllt war, ist mit einem Male wieder die vollständige Verhütung eingetreten und man kann, nachdem die un-

richtigen Nachrichten über eine in einer angeblich von Lord Rostus überreichten Note von England verlangte Demarcationslinie, welche Rußland verweigert hätte, authentisch beigelegt sind, den ganzen diplomatischen Zwischenfall als im Wesentlichen erledigt ansehen.

In Betreff des Begräbnisses Louis Napoleons entnehmen wir englischen Nachrichten noch die Notiz, daß sich im Trauergefolge sämmtliche Prinzen und Hausbeamten des napoleonischen Hauses nebst Rouher, Fleury, de Failly, Canrobert, Fialiso, Bourgoing und anderen Imperialisten befanden. Mehrere italienische Generale, sowie Delegirte der Pariser Arbeiter wurden bemerkt. Lord Ranelagh folgte ebenfalls. Der Prinz folgte hinter dem achtspännigen, schwarzbehangenen und mit dem kaiserlichen Wappen verzierten Leichenwagen in langem Trauermantel mit dem Großcordons der Ehrenlegion darunter. Die Polizei bildete ein dichtes Spalier bis zur Kirche, wo nur die nächsten Freunde zugelassen wurden. Von der benachbarten protestantischen Kirche läuteten die Glocken. Die ganze Menschenmasse entblühte das Haupt, während der Trauerzug passirte. Eine Unzahl von Equipagen war hinter den Zuschauern aufgeföhren. Der Prinz von Wales war, wie schon bemerkt, nicht zugegen, angeblich weil auch bei Louis Philip's Begräbniß die königliche Familie unbetreten gewesen. — Die englischen Journale bezeichnen den Tod Louis Napoleon's immer entschieden als einen harten Schlag für die Sache der Bonapartisten. Was die Theilnahme des Prinzen von Wales an dem Leichenbegängnisse anlangt, so schreibt der „Standard“ an hervorragender Stelle:

„Der Prinz von Wales hatte proponirt, dem Leichenbegängnisse des Kaisers Napoleon beizuwohnen zu wollen. Se. königliche Hoheit hatte für diesen Begeh mit der vollen Zustimmung und Approbation Ihrer Majestät der Königin seine Vorlesungen getroffen; aber Ihrer Majestät Regierung hat ihr Veto eingelegt. Carl Granville hat aus Gründen, die er, wie wir glauben, nicht erläutert hat, und die wir unter den Umständen nicht zu qualificiren versuchen wollen, gegen die Föhlung des letzten frommen Dienstes einem Souverain gegenüber, welcher der Freund der englischen königlichen Familie und der cordialste Bundesgenosse Englands war, protestirt. Der Prinz von Wales hat mit diesem constitutionellen Gefühl, welches er glücklicherweise von seiner erlauchten Mutter geerbt hat, auch Achtung gegen diese Vorstellung des Staatssecretärs seine Absicht ausgeübt. Das Land wird sowohl den edelmüthigen Impuls wie die vernünftige Achtung für die Regeln der Verfassung, welche der Prinz von Wales entfaltet hat, ehren. Was es von dem Verhalten der Regierung denken wird, brauchen wir nicht zu sagen.“

Deutschland.

△ Berlin, 16. Jan. [Die Debatten über die kirchlichen Gesetze und die Eisenbahnvorlage. — Zum Jagdgesetze.] Der erste Tag der Debatten über die kirchlichen Vorlagen war nicht besonders aufregend, da die zweistündige Rede des in der Form stets überaus ruhigen und gemäßigten Abgeordneten Peter Reichensperger (Olpe) die etwa vorhandene Neigung aufgeregt zu werden völlig abgestumpft hatte. Daß innerhalb der liberalen Parteien keineswegs Einstimmigkeit für die kirchlichen Gesetze herrscht, bewies der fortgeschrittliche Abgeordnete Franz Dunder, dessen Rede gegen dieselben allerdings in sehr vielen Punkten von der Meinung der sehr überwiegenden Mehrheit seiner Fraktion abwich. Viele seiner Parteigenossen bedauern, daß er an einer Fraktionslösung, in welcher die kirchengesetz besprochen wurden, theilzunehmen verhindert war, da er in diesem Falle vielleicht Abstand genommen hätte, seinen Dissensus als erster Redner seiner Fraktion klarzustellen, während man wünschte, an diesem Plage Dürchow zu sehen, der bereits neulich bei der Debatte über die Mallinckrodt'schen Interpellationen prälabirt worden ist. — Die Debatten über die Eisenbahnvorlage, die Angriffe der Abgeordneten Lutzer und Berger gegen Spenplig klingen in den liberalen Abgeordnetenkreisen noch nach. Man hielt es kaum für möglich, daß Herr Geh. Rath Hermann Wagener die Behauptung stellen lasse, er habe eine seiner Eisenbahnconcessionen, welche er vom Handelsministerium „als Geschäftsführer eines Comités“, (in welchem, beiläufig bemerkt, auch sein langjähriger Gesinnungsgenosse „Kronzeuge“ Henze Mitglied gewesen sein soll) in Empfang genommen hätte, „für gutes baares Geld verkauft“, (der Bericht der „Nordd. Allg. Ztg.“ macht daraus: „für Geld erkaufte“). Man meint allgemein, daß das neue Ministerium einen Mann, der diese Anschuldigungen nicht widerlegt, unmöglich in so nahen Beziehungen zum Staatsoberhaupt lassen kann. Außerdem forscht man, auf welche Personen sich die etwas versteckte Hindeutung des Geh. Rath Weßhaupt bezogen hat. Der Abgeordnete, Gespächstretter von Gerlach ist heute noch nicht in das Abgeordnetenhaus eingetreten, doch bereits in Berlin eingetroffen. — Wie bereits anderweit

Mezer Plaudereien.

Von G. R.

Mez, 14. Januar 1873.

Die kühne Mittheilung, daß jemand an den unruhigen Bewegungen eines Violin-Virtuosen das Gesetz des Perpetuum mobile entdeckt habe, würde mich kaum in größeres Erstaunen gesetzt haben, als am Schluß des vergangenen Jahres ein Zeitungsinerat, in welchem eine Carnevals-Gesellschaft ihre glückliche Niederkunft in Mez anzeigt. Mez und ein Carneval! Himmel und Erde können eher in Berührung treten, als ein Carneval mit dem heutigen Mez — diesen oder ähnlichen Gedanken mag wohl Mancher beim ersten Lesen jener wunderbaren Begebenheit gehabt haben. Und doch hat sich jene Gesellschaft etabliert, natürlich als Acten-Gesellschaft, für deren Direction große anerkannte Narren gewonnen sind, vor Allem der Präsident, Peter Halsbachschneider, vormalig Leiter einer großen Gleichrichtungsanstalt in den griechischen Gebirgen; in zweiter Linie der Subdirector Graf La Bourso ou la vie, früher erster Disconteur in der Lebens-Versicherungsbank in den Abruzzes. Im Ganzen sollen 250,000 Actien à 4 Thlr. ausgegeben werden. Wer nach § 3 der Statuten mehr als eine Actie zeichnen, wird als sehr verrückt angesehen, erhält eine rolhe Schwimmhose und für die diesjährige Saison den Titel „Hans-Narr“ mit dem Prädicate: Em. Verschraubtheit; wöhlgegen der Zeichner von mindestens fünf Actien als vollständig verrückt betrachtet wird, den Titel „General-Schaute“ bekommt und mit „Em. Ober-Verschraubtheit“ anzureden ist. — Die erste närrische Herrenführung der Gesellschaft — später nämlich sollen auch Damen daran Theil nehmen dürfen — hat angeblich Leistungen zu Tage gefördert, mit denen die Productionen der Hofnarren verfloßener Jahrhunderte schwerlich concurriren dürften. Durch anderweitige Beziehungen waren wir verhindert, uns mit einer Narrentappe für die erwähnte Ehlung zu versehen; jedoch berichtete ein Augen- und Ohrenzeuge, daß die vom Orchester der Gesellschaft vorgedragene Ouverture zum „verfrorenen Wanden“, die in den größten Concerten nie gehört worden ist, eine eben so wenig geübte Tonsfülle geboten haben soll, daß alle Anwesenden zu Thränen gerührt wurden. Hoffentlich wird es uns das nächste Mal vergönnt sein, persönlich an diesen Genüssen Theil zu nehmen, die freilich nicht durchweg leichter Natur sein mögen, da das Comité bei der Einladung sagte: „Drum prüfe Jeder seinen Narren, ob er den Rummel wird vertragen“. Vorausgesetzt, daß sie erträglich sind und kurzweilig, werde ich nicht verfehlen, von den Erfolgen zu berichten, welche die lustigen Rheinländer mit ihrer jungen Schöpfung in Mez gehabt haben. Für heute nur noch so viel, daß die unternehmende Gesellschaft sich „Graoulli“ nennt, auf gut

deutsch „Graulich“, ein Name, von dem das Comité behauptet, daß er etwas Zartes und für das deutsche Ohr Angenehmes darbiete! Der ursprüngliche Inhaber dieses Namens, von dem die Gesellschaft wahrscheinlich den ihrigen entlehnt hat, befindet sich übrigens in der Sakristei unserer Kathedrale, nämlich der Drache des hlg. Clemens (le dragon de saint Clément, surnommé le Grauly), ein Monstrum, welches das alte Heidenthum symbolisiren soll und ehemals bei Processionen getragen wurde. Der berühmte Rabelais beschreibt es als ein monströses Gebilde, mit Augen größer als sein Leib, mit einem Kopf umfangreicher als der ganze übrige Körper u. s. w.

Als Zeichen der Zeit, in der wir leben, dürften vielleicht auch die häufigen, übrigens, wie ich versichern kann, auf Wahrheit beruhenden Anzeigen eines bekannten hiesigen „Bier-Wirthes“ zu betrachten sein, worin dieser seinen verehrlichen Gästen mittheilt, daß, weil ihm das Bier ausgegangen, kein äußerst lebhaft frequentirtes Lokal bis zur Ankunft der nächsten Waggonladung geschlossen bleiben muß. Dieser Anstich scheint sich dann Hunderte durstiger Seelen entgegen, mit bangem Hoffen, denn Verspätungen sind auf den Reichseisenbahnen nichts Seltenes, und die Zusammenstöße nicht bloß eine berechnete Eigenthümlichkeit einer bekannten Berliner Bahn. Wenn aber eines Morgens ein kurzes, unscheinbares Inserat meldet: „Der Münchener Bock ist wieder da“, dann feiert vergnügter Ruhe in der Herzen ein und nicht minder vergnügter Gäste beim Münchener Bierwirth.

Im Uebrigen erinnert uns Etwas daran, daß wir uns in der Carnevalszeit befinden. Denn die Soireen und Bälle, die an der Nachordnung sind, waren es auch im December, und dergleichen sind die Muster, die an Sonntagsnachmittagen und Abenden in zahlreichen Etablissements und Cantinen zum Tanze aufspielen, kein spezifisches Product der Carnevalszeit; der Feterkästner und der Harfenist, der Hornist und der Beherischer der Tuba mirum — sie alle waren auch in den heißesten Tagen des Juli und August in denselben raucherfüllten Räumen zu finden, und nach den Klängen ihrer Instrumente tanzte dasselbe Publikum dieselben Tänze wie heute. Der Wirth sowohl, wie die Spielenden und Tanzenden sind gewöhnlich Deutsche, doch glaube ich im Vorübergehen auch mitunter einen blauen Knecht neben den Uniformen und den deutlichen Bratenröden hin- und herflattern gesehen zu haben, ein Beweis, daß auch der Tanz geeignet ist, eine Annäherung des deutschen und französischen Elementes herbeizuföhren. So viel mir bekannt, sind gerade hier in der That niemals Feindseligkeiten vorgekommen, während Zwistigkeiten zwischen Soldaten verschiedener Regimenter nicht ausgeblieben sind. Daß die schönere Hälfte der Tanzlustigen von deutschen Dienstmädchen und Köchinnen geliefert wird, versteht sich von selbst.

Nachdem Weihnachten unseren Soldaten, wie ich in meinen letzten Plaudereien erwähnt, die niederschlagende Nachricht gebracht, daß die Reichszulage in Wegfall kommen sollte, wurde ihnen am letzten Jahresstage die frohe Botschaft, daß diese Zulage bis auf Weiteres gezahlt werden wird. Da ja auch die Beamten dabei theilhaftig sind, so wird man mir glauben, wenn ich sage, daß die Freude in der That eine allgemeine und die Sylvesternacht eine so frohliche war, wie kaum in einer anderen deutschen Stadt.

Nächster war eine Nachricht der „Mezer Zeitung“, die ich hier wörtlich wiedergebe, für den Fall, daß auch nur Einer der verehrten Leser sich dafür interessirte. „In Lothringen, schreibt das Blatt, besonders in der Mezer Gegend, sind eine Masse Lehrstellen zu besetzen. Da die Bewerbungen nicht genügen, so suchen viele Gemeinden sich Lehrer zu verschaffen durch freiwillige Erhöhung ihres Gehaltes.“ Ueber die Höhe des Gehaltes bin ich nicht in der Lage Auskunft geben zu können, aus eigener Anschauung weiß ich nur so viel, daß die Lehrerwohnungen im Allgemeinen wenig zu wünschen übrig lassen. Die Mezer Luft gehört übrigens zu den in der Physiologie genau beschriebenen Lustarten, die für sich allein nicht fähig sind, das Leben des Menschen wie des Thieres zu unterhalten; dazu find auch hier, wie anderswo, Essen und Trinken unbedingt erforderlich. Und was die liebe lothringische Schallung anlangt, so ist dieselbe ungefähr ebenso geartet wie in Deutschland. Ein deutscher Lehrer also, der bei uns die Pflichten seines Berufes zu erfüllen gedächte, würde sich zum Mindesten nicht verschlechtern.

Obwohl ich von der Pädagogik so viel wie vom Syrischen und Chaldäischen verstehe, so gestalte ich mir doch, an dieser Stelle auf eine neue Lehrmethode aufmerksam zu machen, die bei ihrer Einfachheit reiche Resultate ergeben haben soll. Der Erfinder dieser in — hier müßte eigentlich ein N. . . . folgen, wir wollen aber doch den in Hinter-Indien gelegenen Ort nennen — also in Schittschahammer praktisch erprobten Methode hat mir freilich, als er mir darüber schrieb, das tiefste Stillköpfigkeiten anempfohlen, aber indem ich der guten Sache halber Verrath übe, tröste ich mich mit dem Bekannten: „Der Zwied heißt die Mittel.“ Eine kurze Schilderung der Situation wird vorausgehen müssen. Also es war ein Mal, nämlich in Schittschahammer, ein Schullehrer, der hieß Wacher und that, was er nicht lassen konnte, d. h. er suchte die jungen Indier zu gelehrten Leuten zu machen und strafte die Widerstrebenden mit Nachbleiben und anderen in Indien gebräuchlichen wissenschaftlichen Hilfsmitteln, nach deren Application zu wollen ein blauer Fied zurückbleibt. Aber der Magister wartete auf den gehofften Erfolg ebenso vergebens, wie der junge Arzt auf die ersten Kranken. Da klagte er eines Tages seine Noth einem Schneider

berichtet worden, hat die Agrarcommission auf Petitionen wegen des Schadens, der von dem Schwarzwäld in einzelnen Gegenden des Rheinlandes, namentlich in der Eifel in den an die herzoglich-arenbergischen Forsten anstoßenden Forsten anrichtet, ziemlich energische Beschlüsse gefaßt. Die Regierungskommissionen erklärten, daß ein Gesetz bereits ausgearbeitet sei, und noch in dieser Session vorgelegt werden solle, wodurch das Schwarzwäld, soweit es außerhalb Gehögen sich befindet, zu den Raubtieren, welche jeder Grundeigentümer auf seinem Grundeigentum vertilgen darf, gerechnet werden soll, — und zwar im ganzen preussischen Staat. Eine besondere Freude dürfte in manchen Gegenden noch die Mitteilung hervorrufen, daß der betreffende Gesetzentwurf auch andere Thiere unter die gemeinschaftlichen versetzt, nämlich die wilden Kaninchen, die Fischottern, die Fischreiher und die manchen norddeutschen Fischteichen noch gefährlicheren Kormorane (Eis- oder Baumfresser) oder Wasser- oder Seeraben).

Berlin, 16. Januar. [Die Gramont'schen Enthüllungen. — Die Sendung Schwaloff's.] Die durch den Herzog von Gramont angeregten Enthüllungen über die österreichische Politik beim Ausbruch des jüngsten Krieges spinnen sich zu Rattenkönigen aus, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Bis jetzt haben diese diplomatischen Indiscretionen mehr Ausbeute für die Charakteristik der beteiligten Persönlichkeiten geliefert, als daß die Geschichte der jüngsten Vergangenheit dadurch ein erhebliches Material gewonnen hätte. Wie geht auch die jetzt in einem polemischen Zweikampf begriffenen Diplomaten in der Kunst der Verschleierung sein mögen, so bedurfte es keiner neuen Enthüllung, um über die Thatsache Gewißheit zu geben, daß von 1866 bis 1870 zwischen Oesterreich und Frankreich intime Verhandlungen schwebten, welche unter begünstigenden Umständen jeden Augenblick zum Abschluß eines gegen Deutschland gerichteten Bündnisses führen konnten. Für eingeweihte Kreise ist es auch nicht neu, daß es, trotz äußerlicher Neutralität, dem Standpunkte des Grafen Beust entsprach, die Sache Frankreichs für die Sache Oesterreichs zu erklären, und daß er geneigt war, diesem Glaubensbekenntnis thatsächlich Folge zu geben, wenn er in der Haltung Italiens und den inneren Zuständen Oesterreichs die nöthige Deckung gefunden hätte. Wenn über diese Dinge auch weitere Kreise jetzt eine größere Klarheit gewonnen haben, als ihnen bisher zu Theil ward, so mag dies ein Verdienst der Gramont'schen Enthüllungen sein; aber der eigentliche Zweck derselben ist bis jetzt noch nicht genügend ergärnet. Am nächsten liegt der Gedanke, Gramont habe lediglich den Verwurf entkräftigen wollen, daß die französische Politik sich ohne Rücksicht auf Bundesgenossenschaft in einen verhängnisvollen Kampf gestürzt habe. Indessen, ein solcher Verwurf hat ja keine Aussicht auf Erfolg, da Gramont sich nur auf vertrauliche Äußerungen des Grafen Beust, nicht auf verbindende Verpflichtungen der österreichisch-ungarischen Regierung stützen kann und weil es für einen auf Umsicht Anspruch machenden Diplomaten gleich compromittirend ist, ob er überhaupt keine Bundesgenossen oder nur solche hat, deren Sympathien und Zusagen keine thatsächliche Verwirklichung erhalten. Wenn es dem Herzog von Gramont darum zu thun war, durch seine Publicationen das Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich zu trüben, so ist auch dieser Zweck verfehlt. Vor kurzem hat ein Artikel der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ die französischfreundliche Politik des Grafen Beust zwar nicht in Abrede gestellt, aber mit dem Mantel der Liebe und des Vergessens bedeckt. Diese Rundgebung enthielt wohl keine speciell an die Beust'sche Adresse gerichtete Zärtlichkeit; es war vielmehr ein Zeugnis der Anerkennung für die gegenwärtige politische Leitung Oesterreichs, durch welche man das gute Einvernehmen mit Deutschland für gesichert erachtete. — Die Sendung des Grafen Schwaloff hat in politischen, wie in finanziellen Kreisen einige Unruhe erregt, welche durch die Erörterungen der englischen Presse noch verstärkt wurde. Man wollte einige Unklarheiten zwischen der gegenwärtigen Lage und den vertraulichen Verhandlungen des Kaisers Nicolaus finden, die dem orientalischen Kriege vorangingen. Nach den neuesten Aufklärungen treten diese Beforgnisse zurück, und man glaubt, daß England und Rußland sich über die Behandlung der central-asiatischen Fragen verständigen werden.

Berlin, 16. Januar. [Erster Debattentag der Kirchengesetze. — Herr v. Gerlach und die Ultraconservativen. — Die Diätenfrage. — Stimmungsbericht vom Rhein. — Zur Sydow'schen Angelegenheit. — Organisation der Berliner Polizei. — Ordensfest.] Allen Anschein

nach werden die vier kaiserlichen Kirchengesetze einem dritten Debattentag für die erste Lesung im Abgeordnetenhaus zu erfordern. Wäre dem so, dann spielt sich der Kampf bis in die nächste Woche hinüber, weil wegen des Ordensfestes die Sonnabend-Sitzung ausfällt. Von den heute eingeschriebenen 18 Rednern haben erst vier: Reichensperger (Koblenz), v. Bennigsen, Dunkel und Bühl gesprochen, um der Aufgabe gerecht werden zu können, die ihre Parteien oder sie selbst an sich stellten. Die Physiognomie des Hauses ließ erkennen, daß es sich um einen der Debattentage handle, die im parlamentarischen Kalender wohl angestrichen sind; über volle Tribünen und leere Restaurationssäle, Anwesenheit solcher Landboten, welche nur für außerordentliche Sitzungen mittels Fraktionsdelegirten zu haben und jene Spannung im Hause, die genugam beweist, daß eine cause célèbre auf der politischen Tagesordnung ist. Das Uebrige wird Ihnen der Kammerbericht sagen. Der Kultusminister und die liberalen Parteien können sich mit dem Erfolge des ersten Debattentages zufrieden geben. — Die Wahl des Rundschauers der „Kreuzzeitung“ im Wahlkreise Mühlheim a. R. und sein wahrcheinlicher Eintritt in die Centrumsfraktion will selbst den Orthodoxen unter den Feudalen des Abgeordnetenhauses nicht gefallen. In der gestrigen Fraktions-Sitzung sind alle Versuche fehlgeschlagen, die Partei zu einer gemeinsamen Haltung den Kirchengesetzesvorlagen gegenüber zu vermögen. Herr v. Gerlach wird auch nicht im Stande sein, die Klüfte auszufüllen, welche die Hochconservativen in den beiden kirchlichen Lagern trennt. Bei der zweiten Lesung der Gesetzesvorlagen wird der Abg. v. Gerlach wohl im Hause erscheinen und das Wort ergreifen. Auf seine parlamentarische Beredsamkeit werden die Ultramontanen nicht rechnen dürfen. Seine Abgeordnete, die Gelegenheit hatten, Herrn v. G. in den letzten Jahren öffentlich sprechen zu hören, versichern, daß nicht bloß sein hohes Alter an der völligen Wirkungslosigkeit seiner Reden Schuld trage. Er sei so zu sagen confus geworden, weil er keinen Ausweg aus dem Labyrinth jener altconservativen Grundsätze finde, die sich mit aller Localität für die Krone nicht auf die neuere Gestaltung der Dinge in Deutschland anwenden lassen. — Die Unterhandlungen, welche der Abg. von Bennigsen mit der Staatsregierung Namens der Budgetcommission betreffs Erhöhung der Diäten zu pflegen hat, werden voraussichtlich resultatlos bleiben. Die dem Reichskanzler nahestehenden Personen erinnern daran, daß der König nur um den Preis der Diätenlosigkeit den Reichstagsabgeordneten seine Zustimmung zum allgemeinen und direkten Wahlrecht gab. Fürst Bismarck sagt geradezu, daß er dem Könige in dieser Frage nicht wortbrüchig gegenüberstehen könne. Die Vermehrung der Diäten für die Landtagsabgeordneten hiesse aber ein Princip anerkennen, dem die Regierung die Geltung in der Reichsvertretung versagen muß. Bestätigt sich diese Auslassung des Reichskanzlers, so wird auch einer seiner conservativen Freunde Recht behalten, wenn er von dem Fürsten Bismarck gehört haben will, daß im Reichstage keine Diäten gezahlt werden, so lange er Reichskanzler bleibe. — Briefe vom Rhein an die Abgeordneten der Provinz schildern den guten Eindruck, welchen innerhalb der liberalen Bevölkerung die neuen Vorlagen des Kultusministers gemacht. Es wird darin lebhaft bestritten, daß der Fanatismus der Ultramontanen zu irgend welchen Greffern führen könnte. Es sei im Gegentheil eine Stimmung eingetreten, die deutlich zeige, daß die Clericalen jetzt erst an den Grund der Maßregeln glauben, welche der Staat gegen sie in Anwendung bringe. Selbst unter den Pfarrern, Caplänen u. gebe sich eine heilsame Reaction kund. Es werden die Namen jener frommen Paires genannt, welche sich plötzlich rühmen zu den conservativen Säulen der Monarchie zu gehören und mit den Vaterlandslösen wie sie etwa in Bayern existiren, nichts gemein haben. Sie geben auch zu verstehen, daß sie nicht zu den verbissenen Infallibilisten gehören, sondern aus der Noth eine Tugend gemacht und den Tag segnen werden, an welchem der Seelenhirt seiner Herde und nicht den Bischöfen oder sonstigen Herren gehört. Den Abgeordneten wird schließlich von den Briefstellern der eindringliche Rath erteilt, die Wahlorganisation eifrig in die Hand zu nehmen, weil alle Hoffnung vorhanden, daß die große Masse der Ultramontanen sich spalten werde. — Bekanntlich haben sich zwölf hervorragende Berliner evangelische Geistliche mit einer Denkschrift an den Oberkirchenrath gewendet, in welcher sie erklären, daß sie mit dem abgeleiteten Prediger Sydow auf demselben Boden wissenschaftlicher Forschung ständen. Bei den Beratungen dieser Zwölf über die Beitrittsklärung wurde die Frage aufgeworfen, ob die Denkschrift nicht an das Consistorium, anstatt an den Ober-

kirchenrath gesendet werden solle. In Anbetracht dessen, daß der letztere sich so eben mit der Sydow'schen Angelegenheit beschäftigt und die Denkschrift zu spät an ihn gelangen würde, beschloß die Versammlung mit 7 gegen 5 Stimmen die directe Uebersendung des Memorandums an die oberste Kirchenbehörde. — Gutem Vernehmen nach werden im Ministerium des Innern die Vorarbeiten zu der Organisation der Berliner Polizei in Angriff genommen. Ein vorwiegendes Theil der Geschäfte, welcher bisher aus dem Polizeipräsidium ressortirte, soll in die specielle Verwaltung des Staatsministeriums und des Ministeriums des Innern übergehen. Es scheint sich zunächst um eine Centralisation gewisser Theile der Polizeiverwaltung zu handeln, worauf dann eine Auseinanderlegung mit den städtischen Behörden erfolgen dürfte. — Beim diesjährigen Ordensfest wird eine ansehnliche Zahl jener Damen mit dem Louisenorden und dem Verdienstkreuze decorirt werden, welche sich während des Krieges von 1870/71 durch ihren Patriotismus ausgezeichnet haben. Von den Mitgliedern der beiden Häuser des Landtages sind je 25 zur Theilnahme an dem Fest eingeladen worden. — Die Einladungen vertheilen sich zum Theil auf jene regierungsfreundlichen Mitglieder des Herren- und Abgeordnetenhauses, welche schon decorirt sind.

Berlin, 16. Januar. [Gebühren für Zeitungsbeilagen und Postmandate. — Die Einziehung der Einkommensteuer. — Der Polizeipräsident. — Die Südwestbahn.] Wie anderweit bekannt, beantragte der Reichskanzler beim Bundesrathe, dieselbe wolle beschließen: 1) die Gebühr für die extraordinären Zeitungsbeilagen auf die Hälfte des bisherigen Satzes, nämlich auf $\frac{1}{2}$ Pfennig bezw. $\frac{1}{4}$ Kreuzer pro Beilage-Exemplar herabzusetzen und zugleich die Postbehörden zu ermächtigen, bei Sendungen in großen Partien einen Rabatt bis zu 50 pCt. dieses Satzes eintreten zu lassen; und 2) die Gebühr für die Postmandate auf 5 Sgr. bei Beträgen bis 25 Thaler, auf 7 Sgr. bei Beträgen über 25—50 Thaler herabzusetzen. Dieser Antrag ist in folgender Weise begründet, für solche Beilagen, welche als extraordinäre Beilagen zu den durch die Post bezahlten Zeitungen und Zeitchriften zur Versendung gelangen, beträgt die Gebühr nach § 2 der Anlage zum Postreglement vom 30. November 1871 gegenwärtig für jedes einzelne Beilage-Exemplar $\frac{1}{12}$ Sgr. bezw. $\frac{1}{24}$ Kr. Diese Gebühr hat sich in der Praxis als zu hoch erwiesen; sie behindert, daß in größerem Umfange von jener für den geschäftlichen und literarischen Verkehr sonst erwünschten Einrichtung eine größerer Gebrauch gemacht wird. Die Zahl der jährlich versendeten extraordinären Beilagen beläuft sich nur auf ca. 2 bis 3 Millionen und die Einnahme dafür auf 6000 bis 9000 Thlr. Diese Thatsache bekundet, in Verbindung mit verschiedenen, an die Postverwaltung gelangten bezüglichen Anträgen aus kaufmännischen und buchhändlerischen Kreisen, daß eine Ermäßigung der gebuchten Gebühr angezeigt ist. Im Königlich Württembergischen Postgebiet, werden solche Zeitungs-Beilagen, so viel bekannt, gegen die Gebühr von 6 Kreuzern für je 100 Stück befördert, wobei überschüssende Exemplare allerdings für ein volles Hundert gerechnet werden. Es dürfte sich empfehlen, die oben erwähnte Gebühr auf die Hälfte des bisherigen Satzes, nämlich auf $\frac{1}{2}$ Pfennig bezw. $\frac{1}{4}$ Kreuzer pro Beilage-Exemplar herabzusetzen, und zugleich die Postbehörde zu ermächtigen, bei Sendungen in großen Partien einen Rabatt bis zu 50 pCt. dieses Satzes eintreten zu lassen. Eine fernere Milderung ist in den Bestimmungen des Postreglements über die Postmandate erwünscht. Nach § 8 in Verbindung mit § 5 der Anlage zum Reglement betragen die Postmandatsgebühren: a. bei Beträgen bis 25 Thaler = 7 Sgr., b. bei Beträgen über 25—50 Thlr. = 9 Sgr. Der Vorschlag, die Einrichtung des Postmandatsverfahrens als ein bequemes Mittel zur Ausgleichung von Forderungen bereitwillig aufgenommen: nach den statistischen Ermittlungen sind im Jahre 1872 durch die Postanstalten 140,000 Mandate im Gesamtbetrage von $3\frac{1}{2}$ Millionen Thalern befördert worden. Eine weitere Steigerung dieses Verkehrs wird zwar nicht ausbleiben, insbesondere nachdem die erleichternde Bestimmung getroffen ist, wonach der Absender verlangen kann, daß das Postmandat und dessen Anlage (Duttlung, Wechsel) nach einmaliger vergeblicher Vorzeigung nicht an ihn zurück, sondern an eine andere Person befördert werden. Da indeß ein entschiedenes Interesse vorliegt, daß das Publikum von dem dargebotenen Inanspruchnahme den umfassendsten Gebrauch mache, namentlich um die für den Postdienst so überaus lästigen und zu mannigfachen Betrügereien und Erpressungen Anlaß gebenden Postvorschriften durch die Postmandate, welche den Adressaten offen vorge-

des Landes und erzählte ihm, wie namentlich die neuen Maße und Gewichte, deren Vorlage er auf Befehl der Behörde zu machen habe, an seinen Pflögebefehl eine ganz entschiedene Opposition fanden. Quid faciamus nos, frug er auf Indisch das Schneiderlein. Dies aber sagt: Nichts einfacher als dies! § 1. Vor Allem keine körperliche Züchtigung, sondern § 2 die Strafen müssen belehrend und praktisch zugleich sein. Darum, wer zu spät in die Schule kommt, hat — hier ist die Bemerkung nöthig, daß die Schule in einer waldreichen Gegend liegt — je nach der Jahreszeit $\frac{1}{2}$ Liter Erdbeeren, oder 10 Gramm = 1 Neutisch Nüsse, oder 1 Kilo Fichennadeln, oder 1 Cubitdecimeter Kiefernholz in die Vorrathskammern des Schulhauses einzuliefern. Und nun wurde eine lange Scala von ganzen und gebrochenen Zahlen, welche dem Werthe der einzelnen Vergehen möglichst genau angepaßt sind, aufgestellt. Widerspenstigkeit z. B. kostet, wenn sie eine factische ist, 1 Liter Erdbeeren; wenn nur symbolisch, dann ist sie billiger, jedoch werden auch hier noch Unterschiede gemacht, je nachdem sie mit oder ohne Zuhilfenahme der jungen Indier verbunden ist. Genug, das Resultat war: der Lehrer befand sich bald in der Lage, einen Großhandel mit Beeren, Nüssen u. s. w. zu treiben und die Kinder kannten bis in die genauesten Abzweigungen und Seitenlinien den Stammbaum des Kilo. Probatur est!

Doch lehren wir nach dieser Absehwelzung nach Lothringen zurück. Letzteres gehörte bis zu seiner Wiedervereinigung mit dem deutschen Reiche zu den in der allgemeinen Bildung am weitesten vorgeschrittenen Provinzen Frankreichs. So hat es wenigstens der Baron Charles Dupin behauptet. Auf seiner „carte analytique intellectuelle“ hat er Frankreich in drei verschieden gefärbte Zonen eingetheilt: eine weiße, wo die Bildung vorherrschend ist, eine graue, wo die Cultur ebenso unbestimmt wie dieses Grau ist, eine schwarze endlich, deren Bewohner sich über zu viel Licht nicht zu beklagen haben. Die eifrig genannte Zone umfaßt den Norden Frankreichs, die zweite den mittleren Theil, die dritte den Süden. Darnach gehörte also Metz und Umgegend ehemals zu den in der Temperatur der Bildung am Meisten dem Siedepunkte sich nähernden Orten, und wenn überhaupt Dupin Recht hatte, so wollen wir hoffen, daß durch den Einzug des aus dem Norden kommenden deutschen Elements keine Temperaturniedrigung eingetreten ist.

Voltaire freilich hat Metz mit einem „epitheton ornans la marâtre des arts“ genannt. Gleichwohl ist dasselbe bereits in einer sehr frühen Periode eines der Centren der Cultur und Bildung gewesen. Wurde uns doch schon in der Quarta des Gymnasiums erzählt, daß Carl der Große den Gregorianischen Kirchengesang, welcher in Rom seine Bewunderung erregt hatte, in seinen Landen einführt und

deshalb „trois écoles de chant“, was man etwa mit Conservatorien für Musik übersetzen könnte, gründete. Von diesen Musikschulen ward die in Metz die bei Weitem berühmteste und mehrere Jahrhunderte hindurch entsandte sie ihre Schüler nach Frankreich und Deutschland. Nicht minder angesehen waren die Metz'schen Schulen, deren Leitern wir es nicht am wenigsten zu danken haben, daß Metz im Besitze einer großen, an historischen Quellen reichen Bibliothek ist, die nicht unwichtige Aufschlüsse über die Vergangenheit der Reichslande namentlich ergeben dürfte. Noch gegenwärtig besitzt sie mehr als 8000 Manuscripte, nachdem die werthvollsten im Jahre 1802 nach Paris geschafft worden, um die Nationalbibliothek zu bereichern. Um endlich noch das Theater zu erwähnen, so hatte Metz bereits im 15. Jahrhundert ein solches, und zwar auf demselben Platze (place de chambre), auf welchem sich der heutige Musentempel befindet. Im Jahre 1412, so erzählt die Chronik, wurde die Apokalypse des heil. Johannes gespielt, 1480 die wunderbaren Thaten des Erzengels Michael, 1513 das Leben Job's dargestellt. Wie diese Proben zeigen, waren es damals biblische Stoffe, welche das Publikum in den Räumen des Theaters versammelten, Stoffe, deren Autoren sich wohl im Grabe herumdrehen würden, wenn sie erfahren, daß da, wo einst die alten Einsiedler im härenem Gewande und mit dem Bußgürtel austraten, heute die leichtlebigen Kinder Sardou's und Dumas' das Ergötzen eines ebenso leichtlebigen Publikums bilden. Seitdem übrigens Metz wieder deutsch ist, hat auch die ernste Muse den ihr gebührenden Rang im Theater wieder erhalten; wurden ja die deutschen Vorstellungen mit Maria Stuart eröffnet. Für die des Französischen Kundigen der verehrten Leser mag hier eine kleine Anekdote Platz finden. Eines Abends wurde in Metz, noch zu französischer Zeit, Hamlet gegeben. Während der Vorstellung entlud sich ein heftiges Gewitter, so zwar, daß das Publikum, als es das Theater verlassen wollte, den vor demselben gelegenen weiten Platz vollständig unter Wasser gesetzt fand. Während nun Anstalten getroffen wurden, um auf Rähnen und Wagen über den neugeschaffenen See zu fahren, äußerte ein Witzbold: qu'au lieu de la tragédie de Hamlet on aurait mieux fait de représenter Otez l'eau (Othello), tragédie du même auteur.

Das Tagesgespräch in Metz seit dem ersten Augenblicke der erhaltenen Nachricht bildet das plötzlich genug gekommene Absterben Napoleons. Was man sich bei uns in deutschen Kreisen darüber erzählt, stimmt vollständig mit dem überein, was aus Deutschland gelegentlich dieses Todesfalles geschrieben worden ist. Eine gewisse Theilnahme dagegen konnte man wenigstens unter einem Theil der französisch redenden Bürger unserer Stadt bemerken. Wenigstens kann ich bestimmt versichern, daß von der großen Aufregung des französischen Pöbels

in Straßburg, der sich in den niedrigsten Schmähungen erging, und unter Anderem das Wort Mort des Français durch Creve ersetzte, bei uns nichts bemerkbar wurde. In Privatgesprächen äußerte sich wohl vollständige Gleichgültigkeit, nicht aber der Hohn, wie ihn französische Blätter über den Tod des Kaisers ausgegossen haben. „Rein Franzose“, schreibt der in Nancy erscheinende „Progres de l'Est“, „wird Theilnahme fühlen an dem Tage, wo der Tod, dem er so viele Taphere welch, auch ihn ereilt.“ — Bekanntlich war Napoleon in den Tagen des 13. und 14. August in Metz, wo er, wenn ich nicht irre, in der Commandantur wohnte. Als er dann die Festung verließ, um zur Armee zu gehen, wählte er nicht den kürzesten Weg durch die Stadt über den Pont des Moris nach der Porte de France, sondern machte einen weiten Umweg durch enge Gassen über den Pont de Thionville. Ein mir bekannter französischer Bürger, der mir diese Thatsache erzählte, erklärte sie mir dahin, daß der Kaiser, der etwas abergläubisch gewesen, jene Todtenbrücke gemieden als unglückliches Omen für den Ausgang des Krieges und sein eigenes Geschick. In wie weit mein Interpret Recht hat, weiß ich nicht, unzweifelhaft richtig waren auf jeden Fall seine Schlussworte, mit denen er sich von mir verabschiedete: „Mais il ne lui en revenu aucun profit, aber er hat davon keinen Nutzen gehabt.“

Zum Schluß die Nachricht, daß in den Reichslanden die Zeichen und Wunder sich mehren. Nachdem im Juli und August viele Einwohner und Einwohnerinnen von Metz über dem Kreuze unserer Kathedrale deutlich die Mutter Gottes gesehen hatten, die für mich freilich unsichtbar blieb, trotzdem ich mich mit einem guten Fernrohr bewaffnet hatte, sind, wie Ihnen bereits aus der „Bresl. Zig.“ bekannt, neuerdings die Bewohner von Weller in der glücklichen Verfassung, dieselbe Erscheinung zu sehen. Das Neueste aber ist, daß dort nun auch der heilige Vater sich hat blicken lassen. Ist derselbe auch „gesprochen“, ist nicht erwähnt. Die Mutter Gottes dagegen hat sowohl deutsch als französisch gesprochen. Dies, lieber Leser, ist keine Erfindung von mir, sondern so steht es im „Volksfreund“.

Berlin, 13. Jan. [Ein eigenthümliches Mißgeschick] widerfuhr am Dienstag Vormittag einer die Königsstraße passierenden jungen Dame. Als dieselbe nämlich gerade an der bei der Michaeliskirche stehenden Lifschäule vorüber kam, riß, wie die „Post“ erzählt, der Sturm ein riesen-Plat des Circus Reng, das, vom Regen ganz durchnäßt, schon lange auf der Säule gebrannt hatte, herunter und hüllte buchstäblich die Erschrockene vom Kopf bis zu den Füßen in dasselbe ein. Der durch den anhaltenden Regen aufgeweichte Stärksteleister bestete das Papier so fest an die Kleider der Dame, daß es ihr nur mit Hilfe einiger galanten Herren möglich wurde, sich von dieser unerbetenen Hülle zu befreien.

legt werden, erstet zu sehen: so dürfte es gerechtfertigt erscheinen, die für zu hoch befundene Gebühr von 7 bez. 9 Sgr. herabzusetzen und zwar auf 5 Sgr. für Beträge bis 25 Thaler, und auf 7 Sgr. für Beträge über 25—50 Thaler. Diese Gebühren würden mit der Leistung der Post immer noch in richtigem Verhältnisse stehen. Ein Ausfall ist, da unzweifelhaft eine Zunahme der Mandate eintreten wird, nicht zu befürchten, im Gegenteil eine Steigerung der Einnahme mit Sicherheit zu erwarten. Bekanntlich beabsichtigt die Königl. Staatsregierung dem hiesigen Magistrat die Einziehung der Staats Einkommensteuer zu übertragen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, da der Magistrat seinerseits den Vorschlag gemacht hat, daß ihm auch die Veranlagung der Steuer überlassen werden möge. Es sei hierbet bemerkt, daß die städtische Einkommensteuer für Berlin für das laufende Jahr sich um 300,000 Thaler höher beläuft als im vorigen Jahre. 1872 betrug sie 1,300,000, für das laufende Jahr 1,600,000 Thaler; waren bisher zur höchsten Steuerstufe nur 2 Personen herangezogen, so sind es diesmal 8, deren Jahreseinnahme die von 240,000 Thaler übersteigt. — Im Gegensatz zu den officiellen Angaben von einer Verabschiedung des Berliner Polizeipräsidenten Herrn v. Madai kann gemeldet werden, daß der Kaiser wiederholt Anlaß genommen hat, dem genannten Polizeipräsidenten seine Zufriedenheit über dessen Amtsführung auszusprechen. — Auch im Publikum finden die Anordnungen des neuen Präsidenten, namentlich in Bezug auf den Straßenverkehr gerechte Anerkennung. — Das Project der Südbahn, welche von Berlin ausgehend und durch die Stadt geführt werden soll, nähert sich seiner Realisation, dagegen ist mit Bestimmtheit schon jetzt zu melden, daß die Bahn den Thiergarten nicht berühren wird, da sich Sr. Maj. st. d. Kaiser bereits entschieden dagegen ausgesprochen hat.

Sonderburg, 14. Januar. [Landesverweisung.] Bei einer unlängst stattgehabten öffentlichen Lustbarkeit auf dem Lande erdrosselte sich ein junger Mensch, welcher während des letzten Krieges fahnenflüchtig geworden, mehrere anwesende Personen, welche im Kriege gegen Frankreich wacker mitgekämpft hatten, öffentlich zu verhöhnen. Die Sache kam zur Kenntniß der Obrigkeit, und ist dieser junge Mann jetzt, wie ich aus bester Quelle mittheilen kann, auf Befehl der Regierung des Landes verwiesen und durch Gendarmen über die Grenze gebracht. Dieses Vorgehen ist hier deutscherseits sehr befriedigend aufgenommen worden.

Biersen (Rheinpr.), 14. Jan. [Unfug.] Einer ausführlichen Mittheilung der „Sp. Ztg.“ entnehmen wir folgende Angaben: Der hiesige Bürgermeister Dr. Kirch, Mitglied der Centrums-Fraktion im Abgeordnetenhaus, hat demnach sein Amt zwölf Jahre verwaltet. Da er auf zwölf Jahre gewählt ist, so trat die Frage der Neu- bzw. Wiederwahl bereits vor einiger Zeit an das Gemeindeverordneten-Collegium heran. Um die Wiederwahl zu sichern, versuchte man durch Monstrepetitionen das Wahlcollegium für dieselbe zu bestimmen. Letzteres schrieb jedoch die demnach vacant werdende Stelle öffentlich aus. Als am vergangenen Sonnabend die eingegangenen Meldungen geprüft werden sollten, fand sich ein großer Theil der Bevölkerung, welche durch Placate zur Theilnahme an der Gemeinderath-Sitzung aufgefordert worden war, in und vor dem Sitzungssaal ein. Da die Zuhörer durch stürmische Aeußerungen ihres Beifalls und ihres Mißfallens die Berathung störten, forderte der Vorsitzende dieselben zur Räumung des Locals auf. Seiner Aufforderung wurde nicht Folge geleistet, und so mußte die Menge von der Polizei mit vieler Mühe aus dem Saale entfernt werden. Aber von Neuem drang man in den Sitzungssaal ein. Man ließ den jetzigen Bürgermeister Dr. Kirch nebst den für ihn stimmenden Stadtverordneten hoch leben und geberdete sich überhaupt so, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte.

Essen, 13. Januar. [Proceß.] Am 11. d. Mts. war vor der Criminaldeputation des Essener Kreisgerichts der Termin zur Verhandlung gegen diejenigen Personen angelegt, welche unter der Anklage standen, sich an den Mord August v. J. gelegentlich der Auflösung der Essener Jesuiten-Niederlassung statigefundenen Greisen theilhaftig zu haben. Dabei wurden im Einzelnen angeklagt: 1. folgende Personen: 1) Schneider Heinrich Grimm, 2) Schneider Gustav Donath, 3) Fabrikarbeiter Heinrich Walter, 4) Fabrikarbeiter Anton Rehren, 5) Fabrikarbeiter Verward Budde, 6) Schreiber Wilhelm Jüllner, 7) Fabrikarbeiter Heinrich Dufbus auf Grund des § 125 des Strafgesetzbuchs: am 22. August v. J. zu Essen an einer öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge, welche mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewaltthatigkeiten begangen hat, Theil genommen; II. die Schneider Heinrich Grimm und Gustav Donath außerdem auf Grund des § 125 ebd. an demselben Tage daselbst den Landrath Freih. v. Hövel beleidigt zu haben. III. Der Fabrikarbeiter Gustav Jüllner auf Grund des § 113 ebd. am 23. August v. J. zu Essen den Polizeileutnant Senfeler wegen der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes thätlich angegriffen zu haben. Wegen der nachträglich ermittelten Verdächtigung eines Zeugen beantragte der Staatsanwalt im Laufe der Verhandlungen die Freisprechung der Angeklagten Grimm, Donath, Walter und Dufbus. Nach ungefähr einhalbstündiger Berathung verkündigte der Gerichtshof das Urtheil, welches gegen Grimm, Donath, Walter, Dufbus, Rehren und Jüllner auf Freisprechung von Strafe und Kosten, gegen Rehren auf 6 Monate und Jüllner auf 2 Monate Gefängniß lautete.

Essen, 15. Januar. [Wegen Meineid verhaftet.] Vor einiger Zeit war gegen einen hiesigen Führer der Social-Demokraten ein Proceß wegen Beleidigung von Polizeibeamten angestrengt worden, wobei den Aussagen zweier Polizeibeamten die eidliche Aussage von Socialdemokraten gegenüberstand, welche letztere das Vorkommen der Beleidigung verneinten und dieses beidigten. Jetzt sind in es weitere Zeugen ermittelt, welche die Thatsache der Beleidigung constatiren und sind in Folge dessen der hiesige Bevollmächtigte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Schneider Kremer, und der Sprecher Schreiner Seelig wegen Meineids verhaftet worden. (Ess. Z.)

Dorn, 14. Januar. [In der gestrigen Sitzung der Correctionellen Appellkammer] des hiesigen Landgerichts wurde über drei bereits bekannte Berufungen der „Deutschen Reichszeitung“ verhandelt, gegen welche dieses Blatt Berufung eingelegt hatte. Das erste Urtheil lautete auf 14 Tage Gefängniß und 50 Thlr. Geldbuße für Redacteur Dr. Wagner wegen öffentlicher Beleidigung der hiesigen Buchhandlung Max Cohen und Sohn, und wurde der Klägerin die Befugniß ertheilt, dies Urtheil auf Kosten der Berufenden durch die „Bonner Zeitung“ und die „Deutsche Reichszeitung“ bekannt machen zu lassen. Das zweite Urtheil lautete auf 2 Monate Gefängniß für Redacteur Dr. Wagner und 50 Thlr. Geldbuße für den Verleger B. Hauptmann ebent. 10 Tage Gefängniß, sowie Vernichtung der Platten und Formen und der vorfindlichen Exemplare von Nr. 296 der „Deutschen Reichszeitung“ vom vorigen Jahre, in welcher der bekannte Artikel „Die Souveränität der Gesetzgebung“ enthalten war. Das dritte Urtheil lautete auf 3 Monate Gefängniß für den selbstbetretenden Redacteur v. Mir wegen Majestätsbeleidigung und auf 200 Thlr. Geldbuße, ebent. 6 Wochen Gefängniß für B. Hauptmann. Diese sämtlichen Berufungen sind durch Urtheile der Correctionellen Appellkammer vom gestrigen Tage verworfen worden. Eine weitere Appellation gegen diese Erkenntnisse steht den Berufenden nicht zu. (B. Z.)

Luxemburg, 12. Januar. [Einsetzung eines Bischofs.] Der Curie ist es gelungen, dem Lande einen Bischof zu octroyiren, wenigstens hat die Regierung der Kammer ein die Einsetzung eines Bischofs aussprechendes Gesetz vorgelegt. Die „Luxemburger Ztg.“ unterwirft sowohl das Gesetz wie die Formel des von dem Bischof zu leistenden Eides einer um so schärferen Kritik, als der Bischof darin die Verfassung des Landes nicht beschwört und der Eid überdem in sehr vagen und allgemeinen Ausdrücken gehalten ist. Die „Luxemburger Ztg.“ bemerkt in Bezug auf das Gesetz: „Wenn die Kammer dieses Gesetz annimmt, wenn die Krone dieses Gesetz sanctionirt, dann

beginnt für Luxemburg eine Ära der theokratischen Herrschaft, eine Epoche der Schmach und der Erniedrigung der Staatsgewalt, die selbst die kühnsten Hoffnungen des Ultramontanismus überflügeln müssen.“

Metz, 14. Januar. [Das Denkmal des 1. Armeecorps bei Noliseville.] — Der Procentsatz der einheimischen Beamten in den Reichslanden. — Die Klöster in Lothringen. — Die französischen Pensionäre und die Erhebung der Pensionen. — Sammlungen für die Straßburger Bibliothek. — Die Nachricht von Napoleons Tode.] Das 1. Armeecorps hat seinen im letzten Feldzuge Gefallenen bei Noliseville ein großes Denkmal gesetzt, dessen Einweihung am nächsten Sonntage, den 19. d. M., stattfinden wird. Diese Feier, zu welcher eine Deputation des genannten Armeecorps erscheinen wird, hat für unsere Gar-nison ein ganz besonderes Interesse, ein Mal, weil der Gouverneur, General-Lieutenant von Bentheim während des Feldzuges lange Zeit hindurch stellvertretender commandirender General des Armeecorps war und dann, weil das hier garnisontrende 8. Ostpreussische Infanterie-Regiment Nr. 45, sowie das Ostpreussische Dragoner-Regiment Nr. 10., welche damals zum 1. Armeecorps gehörten, an sämtlichen Kämpfen des letzteren wesentlichen Antheil genommen haben. — Nicht wenig haben einzelne Zeitungen in Elsaß-Lothringen darüber geklagt, daß die Verwaltung bei der Anstellung von Beamten keine Rücksicht nehme auf die Eingeborenen, sodaß das Beamtenhum fast lediglich aus Fremden bestehe. In der letzten Zeit angestellte amtliche Ermittlungen darüber haben ergeben, daß mehr als der vierte Theil sämtlicher Beamten, nämlich 26 Prozent, Einheimische sind. Gerade diese Thatsache zeigt, wie grundlos häufig die Vorwürfe sind, welche ein Theil der hiesigen Presse der deutschen Behörde zu machen nicht aufhört. Jene Ziffer könnte allerdings noch höher sein und sie wird ja auch größer werden, besonders dann, wenn die Zahl derer wachsen wird, die eine wissenschaftliche Bildung nachweisen können. Gerade diese Kategorie war bis jetzt schwach vertreten. — Interessant ist das Klosterwesen in Lothringen. Nach einer kürzlich gemachten Statistik besitzen wir 30 geistliche Genossenschaften (26 weibliche und 4 männliche) mit 1839 Mithgliedern (1657 weibliche und 182 männliche). Die bedeutendsten Congregationen sind die von St. Chrétienn in Metz mit 147 Köpfen, die Soeurs de la Providence von St. Johann mit 500, und die von Jouy-aux-Arches (früher in Peltre) mit 530 Mithgliedern. Einige dieser Schwestern (die Schwestern der mütterlichen Liebe) functioniren auch als Hebammen. — In letzter Zeit sind noch fortwährend von hier wohnhaften preussischen Staatsangehörigen, die während des Krieges aus Frankreich ausgewiesen waren, an den hiesigen preussischen Staatscommissar Unterstützungsgesuche eingereicht worden. Der Hilfsfond ist jedoch vollständig erschöpft, weshalb Unterstützungen nicht mehr gewährt werden können. — In Bezug auf den gegenwärtigen Zahlungsmodus der auf deutsche Kassen übernommenen Pensionen früherer französischer Pensionäre bedauert der „Courrier de la Moselle“, daß man das frühere Verfahren aufgehoben habe, wonach die Pensionen auf Grund eines notariellen, um geringe Kosten ausgestellten Lebensattestes ausgezahlt wurden. In Folge dieser Abänderung hätten die Pensionäre am 1. Januar die ihnen zuständigen Summen nicht erheben können. Die Sache liegt aber wesentlich anders. Zunächst sind die Pensionen in der That wenigstens zum größten Theil, ausgezahlt worden. Und wenn die notariellen Lebensatteste abgeschafft wurden, so geschah dieses nur im Interesse der Pensionäre, die jetzt ihre Lebensatteste vollständig kostenfrei durch die Behörde erhalten, in Metz durch die Polizei-Direction. Sind die Erhebungen der Pensionen am 1. Januar daher nicht durchweg erfolgt, so hatten eben damals die betreffenden Persönlichkeiten noch nicht die Atteste von der Behörde verlangt. — In französischen Blättern findet sich die Aufforderung eines in Paris zusammen getretenen Comité's zur Sammlung von Büchern für die Wiederherstellung der Straßburger Bibliothek. — Die Nachricht von Napoleons Tode ist unter dem französischen redenden Theile unserer Bürgerchaft ziemlich kalt aufgenommen worden. Doch sind auch kleinere Ereignisse vorgekommen wie in Straßburg.

De sterreich.

Prag, 15. Januar. [Häuser-Einsturz.] Im Prager Vororte Zizkow stürzte heute um halb 1 Uhr Mittags ein fünf Häuser bildender Neubau des Baumeisters Krtel in Folge der Beseitigung eines eine Wohnung stützenden Pfeilers ein. Hervorgezogen wurden unter den Trümmern ein Todter, zwei schwer Verwundete mit zerschmetterten Beinen und zerschlagenen Köpfen und ein leicht Verletzter. Unter den Trümmern sind noch begraben ein Arbeiter und eine Arbeiterin; die Hand der getödteten Arbeiterin ragt aus den Trümmern hervor, doch mußte die Beseitigung der Trümmern eingestellt werden wegen der Gefahr weiterer Einstürze. Vier Arbeiter retteten sich durch schnelle Flucht. Als Ursache des Zusammensturzes werden die schlechte Bauleitung und das schlechte Material bezeichnet.

Frankreich.

Paris, 15. Januar. [Aus dem Dreißiger-Ausschuß.] — Das Vorproject der Unter-Commission. — Das Project Fallon. — Erklärung des Herrn Thiers. — Aus der National-Versammlung. — Don Carlos.] Die gestrige Berathung des 30er-Ausschusses lief an Bedeutung der gleichzeitigen Sitzung der National-Versammlung den Rang ab. Dort nämlich erklärte sich Thiers über seine Stellung zu den constitutionellen Reformen. Ehe wir indeß seine Rede kurz resumiren, haben wir den Inhalt der Projecte anzugeben, worauf sich seine Erörterungen beziehen, und auf welchen die demnachfolgenden constitutionellen Debatten fußen werden. Zunächst hat die erste Unter-Commission ein Vor-Project ausgearbeitet, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Der Präsident der Republik verkehrt mit der Versammlung durch Botschaften, welche ein Minister auf der Tribüne verliest. Troßdem wird er selbst von der Versammlung gehört werden, wenn er es für nöthig hält, und nachdem er vorher in einer Botschaft seine Absicht kundgegeben. Die Discussion, woran der Präsident Theil nehmen will, wird nach Empfang der Botschaft aufgehoben. Der Präsident wird den folgenden Tag gehört, oder noch den nämlichen, wozu aber ein specielles Votum erforderlich. Nachdem er gesprochen, wird die Sitzung aufgehoben, und die Discussion erst in einer späteren Sitzung wieder aufgenommen. Die Berathung hat außerhalb der Gegenwart des Präsidenten statt. Der Präsident proclamirt die dringenden Gesetze innerhalb 3 Tagen, die nicht dringlichen innerhalb eines Monats nach dem Votum der Versammlung. Handelt es sich um ein Gesetz, zu welchem nicht 3 Berathungen erforderlich sind, so hat der Präsident das Recht, durch motivirte Botschaft eine neue Berathung zu fordern, welche Forderung binnen 3 Tagen geschehen muß. Für die Gesetze dreimaliger Lesung aber hat er nach der zweiten Berathung das Recht, zu verlangen, daß die dritte Lesung erst nach Monatsfrist erfolge. Interpellationen können nur an die Minister und nicht an den Präsidenten der Republik gerichtet werden. Nach der Trennung der National-Versammlung wird die gesetzgebende Gewalt durch 2 Kammern ausgeübt. Die Commission wird beauftragt, vorzuschlagen 1) ein Gesetz über die Deputirtenwahl; 2) ein Gesetz über die Ernennung und die Rechte einer zweiten Kam-

mer. — So weit der Antrag der ersten Unter-Commission. Es muß bemerkt werden, daß 2 Mithglieder, de Larcy und Lucien Brun, eine Verschärfung vorgeschlagen hatten: Eine zweite Berathung über die Gesetze von einfacher Lesung könne der Präsident nur dann verlangen, wenn er bei der ersten Berathung nicht gehört worden, und bei den Debatten über eine Interpellation könne er nicht das Wort ergreifen. Dem vorhergehenden Project haben wir das Project Fallon gegenüberzustellen, und weisen gleich darauf hin, daß dieses den Gegenstand, welchen der Commissionsantrag in zweite Linie stellt, die Bildung der zweiten Kammer nämlich, in den Vordergrund rückt und die Bestimmungen über den Verlehr der Versammlung mit Thiers vereinfacht. Fallon schlägt also vor: Einen Monat vor der Frist, welche die Versammlung für ihre Trennung festsetzt, trifft sie Anstalten für die Bildung einer obern Kammer und bestimmt den Modus ihrer Ernennung, die Dauer ihrer Gewalt und ihre Beziehungen zur Executive, wie zur künftigen Versammlung. Bis dahin werden die Beziehungen des Präsidenten der Republik zur National-Versammlung in folgender Art verändert: Keiner Discussion, an welcher der Präsident theilnimmt, kann ein sofortiges Votum folgen. Die Versammlung verschiebt die Entscheidung auf den nächsten Tag, oder beräth außerhalb der Gegenwart des Präsidenten: doch kann der Präsident vor Verkündigung dieser Entscheidungen sich ihnen durch ein aufschiebendes Veto widersetzen. Es erfolgt dann in der üblichen Frist eine neue Berathung, und diesmal ist der Abschluß definitiv. Der Präsident der Republik und die Minister sind jeder in seinem Bereich für alle Regierungshandlungen verantwortlich.

Ueber dieses Ensemble von Anträgen sprach Thiers über eine Stunde. Er erklärte von vornherein sehr entschieden, daß er dem Fallon'schen Project den Vorzug gebe. Die Regierung nähme dasselbe an, trotz mancher Ausstellungen, um des lieben Friedens willen. Es umfasse die Gesamtheit der zu lösenden Fragen, so wie die Regierung es gewünscht, und lege den gebührenden Nachdruck auf die Nothwendigkeit des Zweikammerstems. Diese Nothwendigkeit entwickelt Thiers noch einmal weitausführlich. Bis jetzt habe die Mehrheit der Versammlung und die Nothwendigkeit der Regierung einen Zwist zwischen den Staatsgewalten verhüten können, und die Existenz einer ausgleichenden Mithelsgewalt war allenfalls überflüssig. Aber für die Zukunft muß man die Gesamtregierung organisiren, als ob eine Gefahr zu befürchten stände, wenn auch wirklich diese Gefahr nicht vorhanden. Die Frage von der zweiten Kammer bildet also die Basis der Reform. Sodann in die Einzelheiten der obigen Projecte eingehend, erklärt Thiers, daß die dreitägige Frist für die dringlichen Gesetze (die 30tägige für die nicht dringlichen) nicht geeignet sei. In so kurzer Zeit hätte die Versammlung nicht die hinreichende Frist zum Nachdenken. Er erinnert hier an die Militärdebatte. Lange Monate seien vergangen, ehe er die Kammer von der Zweckmäßigkeit seines eigenen Systems überzeugen konnte. Thiers protestirt gleichermaßen gegen die Bestimmung, daß er sich aus der Versammlung entfernen müsse, nachdem er seine Meinung ausgesprochen; es heiße dies eine Discussion geradezu unmöglich machen, und zu discutiren habe er doch ein Recht, da er nicht nur Präsident der Republik, sondern auch Deputirter sei. Inbezug fühlte Thiers so sehr die Nothwendigkeit der Verständigung, er hegt so sehr den Wunsch, weiteren Zwist zu vermeiden, eben jetzt, wo es sich darum handelt, die Befreiung des Gebiets zu beendigen, daß er sich zu diesem Opfer bereit erklärt. Die Hauptfrage bleibt immerhin, daß die ausübende Gewalt in den Stand gesetzt werde, der in einer vereinzelten Versammlung herrschenden Tagesströmung zu widerstehen. Dafür reicht der Fallon'sche Vorschlag allenfalls hin. Am liebsten hätte Thiers die sofortige Einrichtung einer zweiten Kammer gewünscht (gegen den Ausdruck haute chambre (hohe Kammer) protestirt er. Aber der Widerspruch der ersten Unter-Commission veranlaßt ihn, darauf zu verzichten. Nur bitte er die Versammlung nicht, wie Fallon vorschlägt, einen Monat, sondern 2 Monate vor ihrer Trennung die zweite Kammer zu organisiren. Es komme durchaus darauf an, nach dem Abschied der Nationalversammlung, und vor dem Zusammentreten ihrer Nachfolgerin die Continuität der Regierung zu sichern. Endlich sprach Thiers sich mit einiger Bitterkeit gegen den Vorschlag de Larcy's und de Brun's aus, welche er gänzlich von den Debatten gelegentlich der Interpellationen ausschließen will. Nachdem Thiers sich zurückgezogen, verlagte die Commission sich bis Freitag. Die Deputirten, welche im Saale der Pas perdue auf Thiers warteten, um zu hören, wie die Berathung ausgefallen, bemerkten, daß er keineswegs vergnügt ausah. Er fertigte alle Fragen ab mit den Worten: „Man wird sich verständig machen“, und beickte sich, davon zu kommen.

Die Sitzung der Nationalversammlung bot nicht das geringste Interesse. Die Kammer schleppte sich mit der äußersten Erschöpfung durch die Specialdebatte über den Unterrichtsraih. Man kam noch nicht völlig mit dem ersten Artikel zu Stande, so wenig davon übrig geblieben war. Die einzige Veränderung, welche an dem mehrfachen von uns dargelegten Commissionsproject angenommen wurde, bestand darin, daß 4 statt 3 Mithglieder des Instituts in den Unterrichtsraih eintreten würden. — Die heutige Sitzung wird vielleicht etwas lebendiger werden, da Jules Simon die Absicht hat, gegen den 2. Artikel des Commissionsantrages Protest einzulegen.

Don Carlos ist in Frankreich an der spanischen Grenze und vereinigt seine Anhänger, um eine Schlacht zu liefern. Es heißt, daß die französische Regierung seine Manöver zu vereiteln sucht.

*** Paris, 15. Januar.** [Ueber die Ausichten der Bonapartisten] sagt das „Journal des Debats“:

Auf die erste Nachricht von dem Tode Napoleon III. fragte man sich sofort, ob es nun noch einen Bonapartismus geben werde. Die Antwort ließ nicht lange warten. Schon gestern melbten zwei oder drei Blätter mit großem Geräusch, daß die Partei lebendiger als je wäre und daß man ruhe auf: „Der Kaiser ist todt; es lebe der Kaiser!“ Gewiß ein rühmlicher Eifer, aber es ist nur der Eifer der ersten Stunde, das Programm der Plänker des Imperialismus und man wird, um sich ein Urtheil zu bilden, wohl thun, beruhener Stimmen abzuwarten. Schon berichtet man, daß eine ziemlich große Anzahl von Personen, welche unter dem zweiten Kaiserreich eine mehr oder weniger hervorragende Rolle gespielt haben und die sich noch dem Kaiser verpflichtet erachteten, namentlich von diesen Banden befreit zu sein glauben und ihre Karten nach dem Präsidentensitzhotel in Versailles geschickt haben. Ob es war ist, wissen wir nicht, aber jedenfalls ist es sehr wahrscheinlich und wird, wenn nicht schon heute, doch gewiß morgen wahr sein. In der That ist es für jeden vernünftigen Menschen offenbar, daß das Kaiserreich der Kaiser war. Gleichwohl deutet alles darauf hin und es wird uns auch gemeldet, daß die Armees des Bonapartismus, obgleich der meisten ihrer Führer beraubt, doch noch nicht aufgelöst werden soll. Es ist noch nicht ganz ausgemacht, daß es nur einen Präsidenten auf den Thron giebt; für die Regentenschaft fehlt es nicht an Candidaten, im Gegentheil man ist nur um die Wahl verlegen und wie der Bonapartismus mit Berathungen angefangen hat, wird er vielleicht auch in Berathungen enden. — Wie dem auch sei, für die öffentliche Ruhe ist viel gewonnen. Das Land konnte fürchten und fürchtete in der That eine jener Ueberwältigungen, welche zu allen Zeiten in den Ueberlieferungen, man könnte sagen in den „Böden“ der Napoleon gewesen sind; diese Befürchtung laßte auf der Gegenwart und umwölkte die Zukunft. Nun verschwindet sie mit demjenigen, welcher sie wachrief. Napoleon III. allein war im Stande, einen verzweifelnden Streich zu erinnen und ins Werk zu setzen; er hat seine Proben gegeben und man wußte, daß er zu jenen Spielern gehörte, denen es manchmal gelingt, die Bank zu sprengen; er hatte für sich die Erinnerungen von

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

(Fortsetzung.)

Boulogne, von Straßburg und vom 2. December, Erinnerungen, welche den politischen Auenturen Vertrauen einflößen. Gar wenige von diesen guten Kameraden möchten sich zu gleichem Unternehmen einem anderen Helmschutze anschließen. Jede unmittelbare Gefahr ist beschworen; das ist die Hauptfache; jedem Tage seine Aufgabe. Vorbehaltlich dessen, was die Zukunft uns bringen wird, kann man diesmal mit Zuversicht zu der Nationalversammlung sagen: „Vollstrecker, berathschlagt Euch in Frieden!“

[Bonapartistisches.] „Avenir National“ theilt mit: „Die hauptsächlichsten Führer der bonapartistischen Partei sind von der Kaiserin aufgefördert worden, Paris in diesem Augenblicke nicht zu verlassen.“ Der Marschall Canrobert, die Admirale La Roncière und Rigaud de Genouilly, die Generale de Pallao und Frossard haben die Ermächtigung erhalten, sich nach Chislehurst zu begeben. Dagegen wurde sie dem Obersten Hopp und dem Commandanten Grévy verweigert. — Boudart, Ober-Commandant in Lyon, befindet sich in Paris; da er auf sein telegraphisches Gesuch nicht die Erlaubniß erhielt, sich nach Chislehurst zu begeben, so ist er hier gekommen um mündlich die Ermächtigung einzuholen. Es scheint jedoch, daß man ihm den Befehl gegeben, daß er erst nach seiner Demission seine Beziehungen mit der Ex-Regierung wieder aufnehmen könne.

Belgien.

Brüssel, 14. Januar. [Aus der Repräsentantenkammer. — Die Luxemburger Bahn. — Kirchliche Heterieen.] Die Repräsentantenkammer hat heute ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Der Finanz-Minister legte zwei mit Holland abgeschlossene Verträge vor, von denen der eine sich auf die Stromverhältnisse der Maas, der andere auf die Eisenbahn von Antwerpen nach Gladbach und deren Uebergang über limburgisches Gebiet bezieht. Auf eine Anfrage des Herrn de Fré wegen der Abtretung der luxemburgischen Eisenbahn erklärte Herr de Theux, daß die Regierung der Session dieser Bahn ihre Genehmigung versagt habe, weiter könne sie aber für jetzt über diesen Gegenstand noch Nichts mittheilen. Der Finanz-Minister hat eine Deputation von Industriellen aus Lüttich und Umgegend, welche sich in dieser Angelegenheit an ihn gewandt haben, geantwortet, die Session wäre allerdings verweigert, indessen betrachte die Regierung die Sache noch nicht als erledigt, biete aber um etwa 14 Tage Geduld; sie hoffe in dieser Frist eine allseitig genügende Lösung zu finden. — Die „Opinion“ von Antwerpen berichtete, daß dort von Seiten der Geistlichkeit eine eifrige Propaganda unter den Soldaten der Garnison gemacht wird. Im Locale der Gesellschaft von St. Vincent de Paula werden, wie das genannte Blatt erzählt, Soldaten zu Hunderten mit Tabak und Pfeifen und selbst mit Getränken regalist, wobei ihnen während der Predigten gehalten werden. Die Prediger donnern gegen die Liberalen, über die Verfolgung des Papstes und der Kirche und erklären, die einzige Hoffnung der Kirche beruhe auf der Armee und auf den Soldaten. Die militärische Behörde hat bisher diesen Heterieen ruhig zugegesehen.

Großbritannien.

* London, 14. Jan. [Zur Beust-Gramont'schen Angelegenheit.] Die Nachricht des Pariser Journals „le Sol“, daß Graf Andrássy in Bezug auf die Veröffentlichung des Gramont'schen Briefes an den österreichischen Botschafter in Paris, Grafen Apponyi, ein Schreiben über die Vorgänge vor dem Ausbruch des Krieges von 1870 gerichtet habe, wird bestätigt. Es wurde dem Grafen Apponyi die Ermächtigung erteilt, das Schreiben, welches im Uebrigen nur privaten Charakters ist, Herrn Thiers mitzutheilen und ihm anheim zu geben, davon geeigneten Gebrauch zu machen. Die „Times“ erhält von ihrem Specialcorrespondenten in Paris den Wortlaut dieses Schreibens und hält denselben für authentisch. Folgendes ist die Uebersetzung der englischen Version der „Times“:

„Herr Graf! Ich habe den Bericht erhalten, in welchem Sie mir den Brief mittheilen, den der Herzog de Gramont veröffentlicht hat, in Erwiderung auf die Aussagen des Herrn Thiers vor der Untersuchungscommission. Ich bin sehr entfernt davon, solche Veröffentlichungen gutzuheißen, welche Conversationen, die nicht über den privaten Kreis der interessirten Cabineten hinaus gehen sollten, den Commentaren der Zeitungen unterwerfen. Indiscretionen dieser Art haben vor Allem die Folge, daß gegenseitige Vertrauen der Regierungen zu compromittiren und Zurückhaltung in den Ideenaustrausch einzuführen, wo Freimüthigkeit wesentlich nothwendig ist, um ein erfolgreiches Resultat zu erreichen. Ich würde deshalb mich enthalten haben, von den Behauptungen des Herzogs de Gramont Notiz zu nehmen, wenn sein Brief mir nicht eine Sprache zu führen gescheit hätte, die vollständig denjenigen entgegen gesetzt ist, welche ich gegen Herrn Thiers geführt habe, und mir nicht dadurch die Verpflichtung auferlegt worden wäre, in gewissem Maße ein Zeugnis zu werden für die Erklärungen des Herrn Thiers, in so fern sie sich ehrenvoll auf mich beziehen. Ich stehe nicht an, zu bestätigen, daß Herr Thiers in seiner Aussage getreulich den Sinn wiedergegeben hat von dem, was ich die Ehre hatte, ihm bei Gelegenheit seines Besuchs in Wien zu sagen, und woran ich heute durchaus Nichts zu ändern finde. Ich hatte im Gegentheil Ursache, zu glauben, daß Niemand besser in der Lage sei, soweit die Frage mich betrifft, die Aussagen des Präsidenten der Republik zu bestätigen, als der Herzog de Gramont selbst. Ich habe niemals dem Herzog de Gramont noch irgend Jemandem anders gegenüber etwas ausgesagt, welches den Worten gleicht, von denen er behauptet, daß er dieselben seiner Regierung zu übermitteln autorisirt gewesen sei. Im Gegentheil, obwohl ich nicht Minister der auswärtigen Angelegenheiten war, habe ich es für meine Pflicht gehalten, eine Gelegenheit zu suchen, um Illusionen zu beseitigen, welche wir nicht zu ermutigen denken durften, ohne uns selbst später verbitterten Vorwürfen auszusetzen. In der That, wenn der frühere Vertreter Frankreichs in Wien die Güte haben wollte, sich der Conversation zu erinnern, die ich mit ihm hatte, als die Wahl des Prinzen von Hohenzollern in Frage stand, und in welcher wir die Möglichkeit einer Mitwirkung von Oesterreich-Ungarn im Falle eines Krieges mit Preußen erwogen, so würde es ihm unmöglich sein, nicht zuzugeben, daß das, was ich zu einer späteren Zeit Herrn Thiers gesagt habe, ganz in Uebereinstimmung sei mit dem, was ich ihm selbst gesagt hatte. Ich halte es nicht für nöthig, auf die Einzelheiten der Conversation einzugehen, auf welche ich mich beziehe, obwohl ich mich vollständig jedes Wortes erinnere, das zwischen uns gewechselt wurde. Ich behaupte nur, daß der Herzog de Gramont mir dankte für die Aufrichtigkeit meiner Erklärungen, es vorziehend, wie er sagte, seiner Regierung nicht Aussagen in Aussicht zu stellen, welche die Zukunft bereiten könnten. Ich muß hinzufügen, daß seit jener Unterredung der Herzog de Gramont immer sorgfältig bemüht war, mit mir über Politik zu sprechen, worüber ich mich in der That nicht zu beklagen habe, da ich damals nicht Minister der auswärtigen Angelegenheiten war. Was den Grafen v. Beust betrifft, da derselbe in der Periode, auf welche sich die beiden Briefe des Herzogs de Gramont beziehen, an der Spitze des Cabinets stand, so hielt er es für recht, sofort nach der Veröffentlichung des ersten dieser Briefe sich an ihren Autor zu wenden, um genauere Information über die Art des Documentes zu erlangen, auf welches Herr de Gramont seine Aussage zu stützen beabsichtigte. Da Herr de Gramont diesem Verlangen entsprochen hat, so antwortete ihm Graf v. Beust heute in einem Briefe, welchen ich einliegend übersende, damit Sie denselben mittheilen können, wo Sie es für recht finden. Sie werden sicherlich bemerken, daß der Brief des Grafen v. Beust die Erklärungen des Präsidenten der Republik vor der Untersuchungs-Commission bestätigt. Ich will hinzufügen, daß, falls mein Zeugnis angesehener würde, ich nicht zögern werde, dasselbe so vollständig wie möglich zu geben. Andrássy.“

Der von Andrássy vorstehend erwähnte Brief des Grafen Beust an Gramont ist derselbe, den wir vor einigen Tagen mitgetheilt haben.

[In einer Betrachtung über die centralasiatische Frage] giebt die „Times“ den Russen den guten Rath, immerhin den Khan von Khiva zu züchtigen und zum Bewußtsein zu bringen, daß das bisherige Unwesen nicht zu dulden und er selbst für die Handlungen

seiner Unterthanen verantwortlich sei, im Uebrigen aber dem Lande seine Unabhängigkeit zu lassen.

„Solte“ — heißt es im weiteren — die russische Regierung aufrichtig sein in ihrer Erklärung, daß es ihr viel mehr um die Ausdehnung des Handels und die Sicherung der Grenzen, als um weitere Eroberungen zu thun sei, so dürfte es nicht eben schwierig sein, die Beziehungen zwischen Rußland und den Karakum-Fürstenthümern auf die befriedigendste Grundlage zu setzen, ohne die Eiserne Gasse des Auslandes zu erwidern. Wir glauben, daß die Vorstellungen, welche Graf Schuwaloff der dreiseitigen Regierung zu machen beauftragt ist, mit unserer Ansicht über diesen Punkt nicht unvereinbar sind. Man kann allerdings sagen, die russische Regierung sei durch die Aeußerungen ihres Abgesandten nicht gebunden, und derselbe werde natürlich nur das sagen, was er wünscht, daß die Rivalmacht es glaube; allein wir müssen doch so lange an die Ehrlichkeit von Versicherungen im internationalen Verkehr glauben, als kein augensichtlicher Grund zum Zweifel vorliegt. Graf Schuwaloff erklärt, wie wir glauben, daß die Expedition gegen Khiva der englischen Expedition nach Afghanistan in zwei Punkten ähnlich sei. Zunächst handle es sich hier wie dort um die Befreiung von Gefangenen, und dann auch denke man durchaus nicht daran, das Land auf die Dauer besetzt zu halten. Es wird in der That ausdrücklich erklärt, daß unter keinen Umständen das Land mit Rußland einverleibt werden solle, und daß die commandirenden Officiere den bestimmten Befehl haben, nur so lange im Lande stehen zu bleiben, als nöthig ist, um die Gefangenen in Freiheit zu setzen. Die allgemeinen Erklärungen über den Wunsch, mit England in freundschaftlichem Einvernehmen zu leben, mögen sehr bage sein und wenig bedeuten, allein hier liegt eine bestimmte Erklärung über Absichten vor, welche sich in ferner Zeit bestätigen oder als richtig ausweisen muß. Zur Antwort braucht man nur sagen, daß die Erfüllung dieser Zusicherung mehr als jede Verständigung und jeder Vertrag zur Aufrechterhaltung des guten Einvernehmens beitragen werde.“

Nach Chislehurst strömen noch immer neue Besucher aus Frankreich. Niemals wohl sah ein englisches Dorf so viele Chevaliers der Ehrenlegion an einer Stelle und zu gleicher Zeit. Man glaubt, wenn man sich auf dem Perron der Bahnstation in Chislehurst befindet, in einer französischen Stadt zu sein, so vorherrschend wird französisch gesprochen. Auch Emile Ollivier ist endlich angekommen und der Herzog Gramont. Von denen, die zum ersten Male die kaiserliche Wohnung besuchten, sind zu erwähnen der Herzog und die Herzogin Taranto, der Herzog und die Herzogin Montmorency, Herr und Madame de Raimbault, Herr und Madame Leon Chevreux, Herr Guard André u. s. w. In dem zur Eintragung der Namen ausgelegten Buche sind unter den letzten hervorgehoben: Sir William Seymour, der Herzog und die Herzogin von Sutherland, Marquis und Marquise von Londonderry und eine Einzelnung lautet: E. Frost, zum Andenken an Wilhelmshöhe. Auch Baron Lambert, seit 20 Jahren ein vertrauter Freund Louis Napoleons, befindet sich in Chislehurst. — Die Kaiserin, welche noch sehr leidet, hat nur selten die Leiche besucht und bleibt fast immer in ihren Gemächern, umgeben von den Hofdamen, der Prinzessin de la Moskowa, der Vicomtesse d'Anguano, Madame Carette, Gräfin Sancy, Madame de Breton-Bourbaki u. s. w. Der kaiserliche Prinz wohnt noch immer bei dem Grafen Gary und hat im Laufe des gestrigen Tages Gambden-House nicht besucht, wo in der That schon zu viel Geschäftigkeit herrscht, um für einen Trauernden geeignet zu sein. Es werden daselbst eifrig Vorbereitungen für die Paradeausstellung der Leiche getroffen. Auch in der Kirche werden Vorbereitungen für den Mittwoch getroffen. Die Wände werden mit schwarzem Tuch beschlagen und Sitze für die Prinzessinnen und Prinzen herge stellt. Der kaiserliche Prinz wird zur rechten Seite des Sarges seinen Platz haben, während die Damen des Gefolges, die Gefandten und hervorragende Gäste hinter dem Sarge stehen werden. Der Cardinal Bonaparte kann nicht zum Leichenbegängniß kommen und so wird denn der Discepoli, Rev. Goddard, den kirchlichen Dienst verrichten. — Die Königin Victoria soll, wie verlautet, die Absicht geäußert haben, einige Zeit nach dem Leichenbegängniß der Kaiserin eine Condolenzvisite abzustatten, doch ist noch nichts Genaueres darüber bestimmt. Der Herzog von Coburg und Prinz Arthur werden die Leiche des Kaisers in Augenschein nehmen, ehe das Publikum zugelassen wird. „Standard“, dem es natürlich darum zu thun ist, das Ministerium, wo es nur angeht, unpopulär zu machen, will wissen, daß der Prinz von Wales mit Zustimmung der Königin entschlossen war, dem Leichenbegängniß des Kaisers Napoleon beizuwohnen, daß aber Earl Granville im Namen der Regierung energisch dagegen protestirt und der Prinz hierauf seinen Entschluß aufgegeben habe. Der Lord-Mayor von London hat eine Botschaft nach Gambden House geschickt, daß die Corporation der City die Erlaubniß ersucht haben würde, an der Leichenfeier sich zu betheiligen, daß aber in Rücksicht auf den beschränkten Platz dieser Wunsch aufgegeben worden sei, und die Londoner City nur durch ihre oberste Magistratsperson ohne jedes Gefolge vertreten sein zu dürfen bitte. — Der Commandant von Woolwich, Generalmajor Sir David Wood, hat alle öffentlichen Vergünstigungen in der Garnison bis nach der Beisetzung des Kaisers unter sagt. Das Militär soll, wenn es während der Uebungen in die Nähe von Chislehurst komme, die Musik einstellen. — In Windsor wurde am Sonntag Abend, nach dem Gottesdienste, da der Kaiser ein Ritter des Hofenbandordens war, der Todtenmarsch aus Saul gespielt. — Da ein weiterer Zufluß von Fremden aus Frankreich erwartet wird, so sind alle Vorbereitungen getroffen, um ausreichend Dampf und Waggon zu haben.

[Zur Malzsteuer.] Eine zahlreiche Deputation, bestehend aus Parlamentärsmitgliedern, Farmern und Vorstehern von landwirtschaftlichen Kammern, wurde von Herrn Lowe in Audienz empfangen. Die beabsichtigte Massen-Demonstration wurde unterlassen, da der Finanz-Minister gedroht hatte, die Deputation alsdann gar nicht zu empfangen. Gegenstand der Beschwerde war die Malzsteuer, über welche die Einen sich im Namen der armen Biertrinker, die zu schwer dadurch besteuert seien, die Anderen aus landwirtschaftlichen Gründen sich beschwerten. Der Finanzminister erklärte rund heraus, daß die Staatseinnahmen, welche nur Scheinbar so glänzend seien, die Staatssteuer nicht entbehren könnten. Er besessere nicht hier als solches, er würde im Gegentheil den Armen den Genuß desselben so billig als möglich gönnen und sei überzeugt, daß eine Herabsetzung oder Abschaffung der Malzsteuer der Trunksucht keinen Vorhub leisten werde. Aber da er und die Deputation eben so wenig eine andere bessere Steuer empfehlen könne, die Regierung aber Geld haben müsse, so könne er weiter nicht helfen. Den Farmern jedoch wolle er zeigen, daß sie auch nicht den geringsten Vortheil von der Abschaffung der Malzsteuer haben würden. Denn es würden sofort ihre Pachtungen im Werth steigen und die großen Grundbesitzer, welche den Pächtern gleich darauf steigern würden, einzig und allein den Gewinn in die Tasche stecken.

[Nordpol-Expedition.] In einer Sitzung der Geographischen Gesellschaft theilte der Vorsitzende, General Sir Henry Rawlinson, mit, daß der Finanzminister auf das Gesuch mehrerer gelehrter Körperschaften, die Regierung möge eine Nordpol-Expedition ausführen, abschlägig beschiedenen und zwar, weil die Regierung bereits in diesem Jahre die nicht geringen Kosten der auf dem „Challenger“ ausgeführten Expedition getragen und sich zu einem ähnlichen Vorhaben für drei Jahre hinaus verpflichtet habe. Sir Henry drückte seine Hoffnung aus, daß die Regierung im nächsten Jahre vielleicht dem Unternehmen günstiger sein werde.

Amerika.

New-York, 31. Decbr. [Schiffsbrüche.] „Der große Sturm

von Weihnachten 1872“, wie der Ortan, der in voriger Woche über die ganze atlantische Küste von Amerika seine Schrecken gesandt hat, in dem Andenken der Leute heißen wird, ist noch immer der Gegenstand aller Unterhaltungen. Doch ist der Verkehr nun wieder regelmäßig, Thaumeter hat sich eingestellt und nur die unendlich langen Berichte von Schiffsbrüchen und Seesunfällen bringen die Entsetzen des Sturmes immer von Neuem in Erinnerung. Die europäischen Postschiffe, welche sämtlich ausgearbeitet waren, kommen endlich an und jedes weiß von Gefahr und Noth zu berichten. Von den Schiffsbrüchen ist der verhängnisvollste der des Schiffes „Peruvian“ am Cap Cod. Dasselbe war mit einer kostbaren Ladung auf dem Wege von Singapore nach Boston und ging mit Allen an Bord, 26 Mann an der Zahl, zu Grunde. In derselben Nacht — den 26. December — sank die Bostoner Bark „Kadosh“ mit Capitän und sechs Mann und eben so ein Schooner, auf dem der Capitän mit fünf Mann umkam. Die deutsche Bark „Francis“ auf dem Wege von Singapore nach Boston scheiterte; die Mannschaft wurde gerettet, aber der Capitän starb 48 Stunden nach dem Schiffsbruche.

[Ministerielles.] Wiederum tauchen Gerüchte auf, daß wenigstens drei Mitglieder des Cabinets bis zum 4. März ihre Posten aufgeben werden, nämlich Fish, um sich völlig von Staatsgeschäften zurückziehen, Boutwell, welcher Senator für Massachusetts an Wilson's Stelle werden will, und der Attorney-General Williams, der wahrscheinlich in die Commission zur Bertheilung der Alabama-Entschädigungen gewählt werden wird. Ueber die Nachfolger wird zwar viel gesprochen, doch beruht Alles nur auf Vermuthung.

[Die Delphingen von Pennsylvania] haben wieder zu streiken beschlossen. Um die Preise für Petroleum in die Höhe zu schrauben, sollen in den nächsten 90 Tagen keine neuen Delquellen gebohrt und die alten nur 12 Stunden täglich benutzt werden.

Chicago, 23. Decbr. [Die Zustände in Louisiana. — Aus Georgia und Carolina. — Zum Gould'schen Handel. — Zur Wiener Weltausstellung. — Einwanderung.] Der Congress, so schreibt man der „N. Z.“, hat sich bis zum 6. Januar vertagt und die Deputation von Neworleans muß sich bis dahin gedulden, ohne selbst dann besondere Aussicht auf Abhilfe zu haben. Präsident Grant hat die Bittsteller unverantwortlich kühl abgefertigt, er will dem Bundesrichter Durell in Neworleans nichts befehlen, noch die Mitglieder des Oberbundesgerichts auffordern, einen aus ihrer Mitte nach Neworleans abzuschicken, um das Verfahren Durell's nöthigenfalls zu rektificiren. Das Oberbundesgericht, welchem die Deputation sich jedoch nicht officiell vorstellte, will auch nichts thun, weder officiell noch nicht officiell und so dauert die zweifelhafte Gouverneurs- und Staatsgesetzgebungswirtschaft in Louisiana fort zum großen Nachtheil der Geschäfte und der Achtung vor Gesetz und Verfassung. Die „New Yorker Nation“ bemerkt, nachdem sie über die Schlechtigkeit der um die Deute sich streitenden Fraktionen gesprochen: „Man fällt allgemein — und dies Gefühl würde noch stärker sein, wenn diese Neworleans-Zänker nicht eine solche Rattenbrut wären — daß es ein unangenehmer Anblick ist, eine Staatswahl bei der Wahl eines Gouverneurs für so wenig zählen zu sehen, und ein Bundesgericht und Bundesmilitär für so viel.“ Das südliche Problem ist aber immer noch nicht gelöst und der Aufbau einer neuen Gesellschaft mit 4 Mill. ehemaligen Sklaven als Wählern und als Ausschlag gebender Macht wird nicht so glatt abgehen, wie der Fachpolitiker den Wählern einredet, um deren Wohl und Wehe nach der Wahl er sich keinen Pfifferling kümmert. Die Frage des Staatsbankrotts wird bald genug die farbigen neuen Bürger im Süden auf die Probe stellen. Werden sie Einfiß genug besitzen, um die Wichtigkeit der Erhaltung des Staatscredits durch ehrliche Bezahlung der Staatsschulden zu begreifen oder werden sie die durch Staatsbankrott zu erzielende Steuererleichterung als Pfaster auf ihr Gewissen legen? Dazu kommt, daß ein großer Theil dieser Staatsschulden in den letzten Jahren des Carpbagger-Regiments mit mehr oder weniger Betrugsbeimischung gemacht wurde, der betreffende Staat für seine neuen Schulden kein Aequivalent in neuen Eisenbahnen u. erhielt.

In Georgia ist im Grunde ein theilweiser Staatsbankrott schon erfolgt. Die Schuld dieses Staats beläuft sich auf dreißig Millionen Dollars, wovon 19 Millionen schon jetzt nicht mehr anerkannt werden. Das gesammte Eigenthum in Georgia wird auf 235 Millionen Dollars geschätzt, die Einnahmen des Staats belaufen sich auf jährlich etwas über eine Million und für Zinszahlung auf die verschiedenen Anleihen waren letztes Jahr nur 317,969 Dollars zur Verfügung. In Nord-Carolina hat der Gouverneur es bereits für nöthig gefunden, die Staatsgesetzgebung vor dem Sitzensruf des Staatsbankrotts zu warnen. In Virginien hört man schon Reden wie folgt: „Wir sind eigentlich nichts schuldig. Man hat das Vermögen des Staates zerstört, die Basis des Credits und das macht und von unsern Verpflichtungen frei.“ In Süd-Carolina ist der Schatz leer und die Staatsgläubiger warten vergeblich der Zinszahlung. Alabama, Kentucky und Missouri sind die einzigen Südstaaten, denen der Gedanke des Staatsbankrotts definitiv fernliegt und die selbst mit Opfern ihren Verpflichtungen nachkommen und ferner nachkommen werden.

In New-York hat die Tugend wenigstens einen relativen Triumph über das Laster davon getragen. Gould, welcher die Eriebahn in den Jahren 1868 und 69 als Präsident um ungezählte Millionen bestahl, hat sich in Folge der gegen ihn angestregten Klage — und der Aussicht auf Erfolg derselben vor den reformirten Gerichtshöfen — zu 9 Millionen Dollars in Actien und sonstigen Werthen (darunter das Oprenhaus an der 22. Straße in New-York) an die herabstürzenden Actiönäre verstanden, natürlich nur unter der Bedingung, daß diese nun alle Klagen gegen ihn, den Dieb fallen lassen. Dieser Handel zwischen Dieb und Bestohlenem erregt nur wenig stillliche Entrüstung; er wird im Gegentheil als ein Meisterstück des jetzigen Präsidenten der Eriebahn, des Herrn Watson, gerühmt, während Gould in den letzten 4 Jahren mit den gestohlenen Millionen so viele andere Millionen gemacht hat, daß ihm die 9 Millionen, durch die er sich von der gerichtlichen Untersuchung loskaufte, nicht wehe thun. Hat er doch durch eben diese Herausgabe den Werth seiner ihm noch bleibenden 20 Millionen Erie-Actien durch den rasch gestiegenen Cours um zwei Millionen verbessert! Man wird ihm zuletzt noch für das Interesse dankbar sein, daß er als größter Actionär der Bahn von jetzt an zu schenken beabsichtigt, sollte er gar Vanderbilt und die New-York-Centralbahn aus dem Felde schlagen, so würde er zum Napoleon des amerikanischen Aktienmarktes avanciren.

Die Wiener Weltausstellung zieht endlich mehr Aufmerksamkeit auf sich. Verschiedene Anträge sind bereits im Congress eingebracht und es wird ohne Zweifel eine Geldbewilligung (100,000 bis 250,000 Dollars) durchgesetzt werden, sowie freier Hin- und Rücktransport der auszustellenden Artikel auf Kriegsschiffen. Von besonderem Interesse wird die Ausstellung amerikanischer Schulapparate, Stühle, Pulte u. s. w. sein, in welchen die Vereinigten Staaten anerkannter

maßen der übrigen Welt voraus sind. Ebenso soll die alte Welt einen Begriff von der Zeitungs- und Zeitschriftenmasse unseres Landes durch Ausstellung eines Exemplars von jeder bekommen. W. Steiger in New-York wird sogar einen Katalog der ganzen amerikanischen Journalistik gratis anfertigen und begeben. Die verschiedenen nach Einwanderung schneidenden Staaten werden durch Photographien ihrer besten Gegenden Reclame zu machen suchen. Ganz neu für den Europäer wird die von hier ausgehende Ausstellung von vier der berühmten Pullman'schen Schlaf- und Speise-Cars (Waggon's) sein, die eben in Riffen verpackt den Weg übers Meer nehmen. Herr Pullman, dessen jährliches Einkommen bereits vor zwei Jahren von ihm selbst auf 40,000 Dollars angegeben wurde, begleitet die Sendung, um sich betreffs der Einführung seiner Waggon's auf europäischen Eisenbahnlinien mit deren Vorständen zu verständigen. Die erwähnten vier Cars (zwei Schlaf- und zwei Speisecar's) sollen während der Weltausstellung zwischen Wien und Paris fahren und die „Exherquale“ einer europäischen Eisenbahnfahrt bei Nacht in ein Vergnügen verwandeln. Die Empfehlung, „Man muß es sehen, um es zu glauben“, ist in diesem Falle kein Humbug, sondern Wahrheit. Bezeichnend für die Pullman'sche Verwaltung ist die eben geschene Einrichtung eines großen vierstöckigen Gebäudes für ihre Beamten und zahlreichen Angestellten. Ein eigenes Restaurant befindet sich darin, ferner ein Bibliothek- und Lesezimmer und schließlich warme und kalte Bäder, welche jeder Conducent u. s. w. der von Chicago nach allen Enden ausgehenden Schlafcars frei benutzen kann. — Chicago spürt von den seit November eingetretenen knappen Zeiten weniger als andere Städte, jedoch wird auch hier der Winter ein harter sein. Die Ursachen der Geldklemme in den Vereinigten Staaten sind die zu reichlichen Ernten der beiden letzten Jahre. Die Preise der Lebensmittel sind zu billig und die Einnahmen des Farmers deshalb zu klein. Er kann deshalb weder die Fabrikate der Städte, wie diese es wünschen, konsumieren, noch seinen Verpflichtungen nachkommen. Die vorhergehenden Jahre mit ihren hohen Getreidepreisen haben den Farmer zu neuem Landwerb und sonstigen Verbesserungen veranlaßt, zu welchen Geldaufnahme nötig wurde. Die Zeitungen in den großen Städten enthalten ganze Spalten von Anzeigen Arbeit suchender Personen, darunter Buchhalter, Kutscher, Gärtner u. s. w. Diesen Winter ist jedenfalls von Einwanderung abzurathen.

Provincial-Beitrag.

Breslau, 17. Januar. [Tagesbericht.]

* [Petition der separirten Lutheraner.] Es war zu erwarten, daß auch die sogenannten „Lutheraner“ gegen einzelne Bestimmungen der neuen Gesetz-Entwürfe remonstriren würden. Das ist denn auch in der That geschehen und eine Petition des „Oberkirchen-Collegiums der evangelisch-lutherischen Kirche in Preußen“ (gez. E. Hufschke in Breslau) bei beiden Häusern des Landtages eingereicht worden. Die Petition richtet sich nur gegen 2 Punkte des Gesetzes-Entwurfes, „über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel“, nämlich gegen die §§ 2, 3 und 4. Die §§ 2 und 3 verbiethen den amtlichen Organen der Kirchen- und Religions-Gesellschaften die Verhängung oder Verkündung der nach § 1 zulässigen Straf- oder Zuchtmittel wegen Vornahme einer Handlung, zu welcher die Staatsgesetze oder obrigkeitliche Anordnungen verpflichten, oder weil öffentliche Wahl- oder Stimmrechte in einer bestimmten Weise ausgeübt worden sind. Desgleichen die Androhung, Verhängung oder Verkündung solcher Straf- und Zuchtmittel mit dem Zwecke, zur Unterlassung einer der vorbezeichneten Handlungen zu bestimmen oder um dadurch eine bestimmte Art der Ausübung oder die Nichtausübung öffentlicher Wahl- und Stimmrechte herbeizuführen. In Bezug auf diese §§ wünscht die Petition:

Daß in den Worten des § 2 wegen Vornahme einer Handlung, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten, zu „Staatsgesetzen“ hinzugefügt werde: „innerhalb der verfassungsmäßigen staatlichen Competenz“.

Der ferner angeführte § 4 lautet: Kein Religionsdiener ist befugt, geistlich zulässige Straf- und Zuchtmittel unter Bezeichnung der davon betroffenen Personen öffentlich bekannt zu machen. — Diesen Paragraphen sollen die beiden Häuser als einen offensbaren Eingriff in die Rechte der Kirche ganz beseitigen. Wörtlich:

„Ein hohes Haus bitten wir demnach gehoramt, daß, wenn der Gesetz-Entwurf überhaupt zur Annahme gelangen sollte, doch dem § 4 derselben seine Zustimmung zu verweigern.“

Sast komisch klingt es, wenn die Petition in der Motivirung dieses Petitions sagt:

„Der Fortbestand dieser Kirchenzucht ist für unsere Kirche eine wahre Lebensfrage, weil sie nicht, wie andere, auf erblichem Grundbesitz und anderen Einnahmen aus früherer Zeit fundirt ist, sondern nur durch das geistliche Leben ihrer Mitglieder auch äußerlich sich erhalten kann.“

Also diese „Kirche“ kann nur bestehen durch die Ruthe, die ihren Mitgliedern drohend vor die Augen gehalten wird? Anders können wir diesen Satz nicht auffassen. — O Luther, was würdest Du sagen, wärest Du noch unter uns? — Hoffentlich wird die Kammer alle diese mittelalterlichen Producte abschleudern zu den Acten legen.

* [Der Bau der Nicolaitirche] soll, wie die „Schles. Volksztg.“ meldet, im bevorstehenden Frühjahr trügig ausgenommen werden, da nunmehr die betreffenden Zeichnungen und Pläne vom Ministerium genehmigt worden sind. Wegen Steigerung der Arbeits- und Materialpreise wird aber noch eine bedeutende Kapitalsumme aufzubringen sein, um die Kosten zu decken, welche natürlich die Veranschlagung übersteigen müssen.

Dasselbe ultramontane Blatt hält seine Behauptung aufrecht, daß der vom Fürsten Reichsgraf angesehene Kammerherr der Graf Hans Ulrich v. Schaffgotsch auf Ruppitz sei.

+ [Ernennung.] Der bei der hiesigen Criminalpolizei seit einiger Zeit beschäftigte Appellations-Gerichts-Referendarius Riewitz ist von Seiten der königlichen Regierung zum Criminal-Commissarius ernannt worden.

— [Bürger-Fest.] Heute feierte der hiesige Mairitusplatz No. 9a wohnhafte Böttchermester Wilhelm Heinrich Ernst Ademann sein 50-jähriges Bürger-Jubiläum. Am 25. Mai 1793 zu Breslau geboren, erwarb sich derselbe am 17. Januar 1823 das Bürgerrecht hiesiger Stadt. Er trat im Jahre 1813 in die Breslauer Landwehr ein und machte bei dieser den Feldzug gegen Frankreich mit. Seit 1824 ist er verheiratet. Heute war ihm die Freude vergönnt, von seinen 4 Kindern (2 Söhnen und 2 Töchtern), sowie von 7 Enkelkindern beglückwünscht zu werden. Seitens der Stadtverordneten wurde derselbe durch eine Deputation beglückwünscht.

B. [Gewerbvereine contra Socialdemokraten.] Wie wir aus dem Interimsteile unserer Zeitung erfahren, ladet der Vorstand des Ortsverbandes zu der am Sonntag Vormittag im „Victoria-Salon“ stattfindenden „öffentlichen Parteiverammlung“, in welcher der Abgeordnete Herr Franz Duncker aus Berlin, über Staat und Gesellschaft, sprechen wird, sämtliche Parteifreunde ein und erklärt bei dieser Gelegenheit zum ersten Male öffentlich, daß die Socialdemokraten beider Schattirungen in dieser Versammlung keinen Zutritt haben. Der Vorstand glaubt dadurch, „müßeliche Elemente“ von einer „Partei-Versammlung“ zurückzudrängen zu können, bei welcher dieselben nichts zu suchen haben.

— [Den nächsten Sonntags-Vortrag] im Musiksaal der königl. Universität wird Herr Professor Dr. med. Neumann halten und über Charles Darwin sprechen. Sonntag, den 26. Januar fällt der Vortrag aus wegen Feier des Stiftungsfestes der schlesischen Gesellschaft.

* [Von der Universität.] Sonntags den 18. wird Herr Dr. Oscar Berger von hier die von ihm herausgegebene Abhandlung „die Ab-

handlung des Nero thorac. long.“ behufs seiner Habilitation als Privatdocent in der medic. Fakultät, Mittags 12 Uhr, in der kleinen Aula öffentlich vertheidigen. Als Opponenten fungiren hier Privatdocent Dr. Maas und Herr Dr. Weigert, als Respondent Herr Dr. Fränkel.

— [Die Holzhauselbrücke] ist heute wiederum dem Verkehr für Fuhrwerk übergeben worden.

+ [Körperverletzung. — Vitriolbegießung.] In einem Güter-Schuppen der Reichen-Dorfer-Eisenbahn entstand gestern unter den dort beschäftigten Arbeitern aus geringfügiger Ursache eine Schlägerei, wobei einer Raufbolde in solchen Eifer gerieth, daß er einen großen Hebebaum ergriff, und damit auf Kutscher Herrmann, welcher den Streit zu schlichten versuchte, mit voller Wucht einschlug. Leider hatte der bei einem Zimmermeister in Diensten stehende Kutscher von dem wüthenden Menschen einen so gewaltigen Schlag auf den Kopf erhalten, daß er im benachbarten Hofe nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft werden mußte. Der Thäter wurde verhaftet. — Der auf der Siebenbürgenstraße Nr. 15 wohnhafte Schaffner Grunke hatte gestern gegen Abend einen Gefäßstich von der Rotherstraße nach der Dplauerstraße zu machen. Durch eine auffallende Wärme an seinem Körper aufmerksam geworden, bemerkte er, daß seine Kleiderstücke mit Vitriol befeuchtet und diese Flüssigkeit bis auf die Haut durchgedrungen war. Ueberzieder, und der darunter befindliche Lendendruck ist total vernichtet, da ganze Stücke herabgebrannt sind. Der nichtswürdige Thäter ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

+ [Polizeiliches.] Zwei Knaben im Alter von 8 und 9 Jahren bemerkten gestern auf der Kirchstraße, wie eine Frauensperson ein kleines Mädchen in einen Hausflur lockte und demselben die goldenen Ohrringe entwendete. Als sich die freche Diebin mit ihrem Raube entfernte, folgten ihr die Knaben mit großer Umsicht im Stillen so lange nach, bis sie einem Schutzmann begegneten, dem sie den ganzen Sachverhalt mittheilten, in Folge dessen die Thäterin, in der eine vieljährige Person erkannt wurde, verhaftet werden konnte. — Aus einer unter einem Aborten in der Börsenstraße stehenden Droßke wurde in der verfloßenen Nacht das zu beiden Seiten der Hinterseite befindliche blaue Ausschlageloch mittelst eines scharfen Instrumentes von Dieben herausgeschnitten. — Aus einem Hausschuppen der Döbestr. wurde in vergangener Nacht eine 2½ Meter lange Eisenwelle von Schmiedeeisen im Werthe von 12 Thalern gestohlen.

H. Hainau, 14. Januar. [Kirchliches. — Communes.] Im verfloßenen Jahre sind in hiesiger evang. Stadt-, Land- und Militär-Kirchengemeinde geboren worden: 264 Kinder, und zwar 139 männlichen und 125 weiblichen Geschlechts, darunter 24 todgeborene, 2 Zwillingpaare und 34 uneheliche; 59 Geburten und 16 uneheliche mehr als im Vorjahre. Gestorben wurden 75 Paar; 37 Ehen mehr als im Jahre 1871. Gestorben sind 245 Personen, 119 männlichen und 126 weiblichen Geschlechts, 23 mehr als im Vorjahre. — In dem am Sonnabend abgehaltenen Bürger-Verein gelangte abermals der Bau resp. die Verlegung unseres Garnisonstalles zur Besprechung. Beides dürfte als eine beschlossene Sache zu bezeichnen sein, da sowohl in der Bürgerschaft, als bei den competenten städtischen Behörden die Mehrzahl die Ausführung dieses Projectes im Interesse der Stadt für unabweislich erachtet, obgleich der nicht zu unterschätzende bedeutende Kostenpunkt ebenfalls seine berechnete Würdigung findet. Seitens der Militärbehörden sind von der Commune für beregten Fall 10,000 Thlr. und geeignetes Terrain beansprucht worden, welche Geldopfer durch die alsdann frei werdenden, in der Gartenstraße sehr günstig gelegenen und ebenso umfangreichen Bauplätze im Laufe der Zeit aufgewogen werden dürften, da mit dem Stalle gleichzeitig ein Montirungs-Gebäude, das Fourage-Magazin und eine Reitbahn entfernt werden würde, deren Beseitigung längst zu den Wünschen der Einwohner gehört hat. Allgemein neigt man sich der Meinung zu, daß für den neuen Stall und das damit in Verbindung zu bringende Logishaus an der Nordseite der Stadt, entmiedert dicht hinter der Gasanstalt, an der Hainau-Rosenauer Chaussee, oder westlicher vor den sogenannten „Fleischer-Adressaten“ der geeignete Bauplatz sein dürfte. In diesem Sinne wird der Verein nochmals beim Magistrat vorstellig werden, obgleich sein erster diesfälliger Antrag unbeantwortet geblieben. — Unsere Straßen-Vereinigung bildete den zweiten Gegenstand der Tagesordnung. Auch bezüglich dieser Schattenseite, einer der schwärzesten in unserem sonst freundlichen Städten, wird man vorstellig werden, zumal im neuen Etat die für Straßenreinigung seither angelegt gewesene Summe von 65 auf jährlich 100 Thlr. erhöht worden ist. — Da das Kreis-Steuernamt nur noch bis Ende dieses Monats sich hier befindet und dann seine Verlegung nach Goldberg erfolgt, so sollen schon jetzt die städtischen Behörden ersucht werden, nach abgelaufener Mietzeit in die gegenwärtigen Steueramts-Localen, welche sich in dem der Commune gehörigen ehemaligen herzoglichen Schlosse befinden, die Sparcasse und das Leihamt zu verlegen, die jetzt in gemietheten Räumen untergebracht sind, um gleichzeitig der mehrfach commercieell vernachlässigten Oberstadt wiederum mancherlei materielle Vortheile zuzuwenden.

O Waldenburg, 16. Januar. [Zur Tageschronik.] Ausgangs v. J. wurde zwischen zwei hiesigen Kaufleuten ein Geschäft abgewickelt, die Zahlung von dem Verkäufer in Empfang genommen. Nicht Tage, sondern Wochen nachher kommt der Geldempfangler zu dem Käufer mit einer Hundertmarknote, die er als damalige Zahlung als 100 Thaler-Note will empfangen haben und wünscht Nachzahlung von 66 ⅔ Thlr. Der Betreffende kann sich nicht dazu verstehen, weil ihm ein Verbum nicht denkbar, da er das Geld zur Zahlung erst an dritter Stelle sich hat geben lassen, es ihm demnach mehrmals durch die Finger gegangen ist und ihm die 100-Marknote, bei der übrigens das Wort „Mark“ nicht zu lesen ist, aufgefallen sein mußte. Es ist die Angelegenheit zur gerichtlichen Verhandlung gegeben worden, und sind wir auf den gerichtlichen Entscheidung begierig. — Wir haben jetzt 3 Briefträger in unserer Stadt, die darnach in 3 Bezirke theils der Post theils der Zeitungen zu bringen haben. Wir machen seiner Zeit auf das Bedürfnis eines 3ten Briefträgers in dieser Zeitung aufmerksam, vielleicht hat dies mit zur Abhilfe des gefühlten Uebelstandes geholfen. — Lehrer Michael hielt jüngst im Lehrer-V. einen Vortrag über das Thema: Land und Süßwasser Mollusken des Waldenburger Gebirges und Kohlenbeckens.

Δ Schweidnitz, 16. Jan. [Zur Statistik. — Kirchliches. — Unglücksfälle.] Der kurze statistische Bericht, welcher der letzten Nummer des hier erscheinenden Wochenblattes für die evangelische Gemeinde beigegeben ist, weist eine Vermehrung derselben durch die Geburten um 101 Köpfe nach. Es wurden nämlich 870 Kinder geboren und es starben 769 Personen. Diese Vermehrung aber bezieht sich vorzugsweise auf die Landgemeinden, welche zur Parodie gehören; denn aus diesen wurden 486 Kinder zur Taufe gebracht, während 403 Personen beerdigt wurden, so daß sich dort ein Plus von 83 Köpfen ergibt. In der Stadtgemeinde wurden 384 Kinder getauft und 366 Personen begraben, wonach sich ein Zuwachs von 18 Köpfen herausstellt. Unter den 870 Kindern, welche getauft wurden, waren 100 uneheliche. — Behufs der Wiederbesetzung der Stelle des 2. Diaconus an der evangelischen Friedenskirche zur heiligen Dreifaltigkeit hat das Kirchen-Collegium, welchem das Patronatsrecht zusteht, aus der Zahl der 5 Herren, welche Propredigten gehalten haben, 3 in die engere Wahl genommen. Die definitive Wahl wird Donnerstag, den 23. d. M., stattfinden. Obwohl die Gemeinde bei dieser Wahl nach der Zeit noch bestehenden Kirchen-Versammlung nicht die mindeste Mitwirkung hat, so nimmt sie doch einen regen Antheil an dem Resultat, auf welches man im hohen Grade gespannt ist. Eine Verschiedenheit der theologischen Ansichten ist in den Predigten der beiden Candidaten, welche zumeist in Betracht gezogen werden dürften, nicht gerade zu Tage getreten; gleichwohl ist der Kampf der Meinungen über die Auswahl ein sehr lebhafter. — Vor einigen Tagen starb ein Kind in Folge der Brandwunden, die es sich zugezogen hatte, indem es dem Kaminfeuer zu nahe gekommen und die Kleider desselben in Brand geraten waren; zwei andere Kinder erlitten in einer verschlossenen Stube in Folge des Kohlendampfes, der sich in derselben entwickelt hatte.

* Oppeln, 17. Januar. [Lehrergehälter.] Manch erfreuliche Mittheilungen über stattgefundenen zeitgemäße Erhöhungen der Elementarlehrergehälter sind in neuester Zeit in die Oeffentlichkeit gedrungen. Ueber unsere Stadt verlautet nichts! Es giebt hierorts noch Lehrerstellen mit einem Gehalte von 200 Thlr. und das Durchschnittsgehalt variiert zwischen 275 und 291 Thlr. — Diese Zahlen sprechen deutlich genug. — Während dem größten Theile der hiesigen Beamten im Laufe des vorigen Jahres beträchtliche Gehaltszulagen und Weihnachtsgatungen bewilligt worden, hat der viel schlechter besoldete Lehrer Niemand gedacht. Hälfte dielen nicht der Privat-Unterricht über manche Klippe hinweg, es stände viel bedenklicher um sie. Einen Beweis für die unhaltbaren Gehaltsverhältnisse giebt u. A. auch die Thatsache, daß im Laufe der letzten Jahre mehrere Lehrer ihre hiesige Stellung aufgegeben haben, um anderwärts zu einer einträglicheren zu gelangen. Die königliche Regierung hat diese allgemein gekannten und vielfach besprochenen Mängel auch anerkannt und im vorigen Herbst 5 m m t l i c h e n Magistraten aufgegeben, die Gehälter ihrer Elementarlehrer angemessen zu erhöhen. — An ihnen ist es jetzt, durch die That zu beweisen, daß sie nicht bloß für das höhere Schulwesen, sondern auch für die Volksschule, aus welcher der größte Theil der Einwohnerkraft seine Bildung schöpft, ein lebendiges Interesse und — eine offene Hand haben.

(Notizen aus der Provinz.) * Ratibor. Der hiesige „Anz.“ meldet: Der Herr Handelsminister hat dem Weber Franz Scheliga zu Neugarten in Anerkennung seiner Bemühungen um Herstellung verbesserter Handwebestühle eine Prämie von 50 Thlr. bewilligt. Der von Scheliga contrairte Handwebstuhl leistet das Vierfache eines gewöhnlichen.

+ Viegitz. Nach der Viehzählung werden hierorts in 299 Haushaltungen gehalten: 501 Pferde, 422 Rinder, 214 Schafe, 188 Schweine, 69 Ziegen, 79 Bienenstöcke, auch wurden 32 ½ Pfund Cocons von Seidenraupen erzielt. 74 Haushaltungen treiben hieselbst Landwirthschaft. 97 Pferde werden zu landwirthschaftlichen, 347 zu gewerblichen Zwecken und 51 als Reit- und Wagenpferde benutzt. Von den 422 Rindern sind 14 Ochsen und 330 Kühe. Von den 214 Schafen sind 8 veredelte Fleischschafe, die übrigen Schafe aller Art. Unter den 79 Bienenstöcken sind 64 mit beweglichen Waben.

+ Bunsau. Nach der officiellen Viehzählung werden in der Stadt Bunsau und den zum Stadbezirk gehörenden isolirt liegenden Städtchen in 172 Haushaltungen 276 Pferde, 578 Stück Rindvieh, 1109 Schafe, 180 Schweine, 24 Ziegen und 133 Bienenstöcke gehalten.

— Berlin. Wie der „Anzeiger“ meldet, ist am 15. d. M. ein hiesiger Einwohnervollziehungsbeamter in Haft genommen und in das Gerichtsgewand überliefert worden, nachdem derselbe dringend verdächtig geworden, entweder allein oder mit einem Complicen das an dem Ausschanker Thiemme begangene Verbrechen verübt zu haben.

O Hoyer'swerda. Wie der „Nied. Ztg.“ von hier geschrieben wird, hat in dem sonst so stillen Wittichenau eine Spukgeschichte in der vergangenen Woche viel Staub aufgewirbelt. Ein dort wohnhafter Mann, Namens Sieber, behauptet mit aller Bestimmtheit, er habe einen Geist unter Feuererscheinung in einem Loch in der Mauer unter einer Brücke verschwinden sehen. Diese Mittheilung war wohl ursprünglich nur für einige alte leichtgläubige Weiber berechnet, sie verbreitete sich jedoch rasch weiter und fand zwar wenig gläubige, aber desto mehr neugierige Seelen. Am vergangenen Mittwoch des Abends war der Spukort so stark besucht, daß die Ortspolizei energisch auf Entfernung drang, weil sie einen gelegentlichen Unfug befürchtete. Es ist von verschiedenen Seiten Partei für und wider den Geistesbesessenen genommen worden. Die Arbeiter einer benachbarten Fabrik haben ihm seinen Irrthum „schlagend“ zu beweisen versucht, andere sind als weißgekleidete Gestalten, die aus ihren Cigarren Feuer speien, seiner Phantasie zur allgemeinen Erheiterung zu Hilfe gekommen.

Handel, Industrie u.

2 Breslau, 17. Januar. [Von der Börse.] Die Börse eröffnete in sehr fester Haltung bei wesentlich höheren Coursen für sämmtliche Speculationspapiere. Das Geschäft war belebt und die günstige Stimmung blieb bis zum Schluß der Börse bestehen.

Creditactien gegen gestern 1 Thlr. höher, pr. ult. 200 ⅜ — 7 ⅜ — 5 ⅜ bez.; Lombarden gewannen ½ Thlr. Francosen 205 ¾ — 6 ⅜ bez.

Einheimische Banken beliebt, durchschnittlich 1 pCt. höher. Schles. Bankverein 159 — 158 ¾ bez. u. Bd.; Bresl. Discobant 120 ¾ bez.; Breslauer Maklerbank 139 bez.; Breslauer Wechselbank 128 ⅜ Br.; Makler-Vereinbank 107 ¾ bez.

Eisenbahnen still und wenig verändert. Fonds sehr fest.

Industriepapiere beliebt. Laurahütte-Actien, bei steigenden Coursen in großen Posten gehandelt, gewannen über 7 pCt. Sie schlossen 244 ¼ bez. Auch Oberschlesische Eisenbahnbedarf beliebt und erheblich höher, 156 — 158 bez.; Donnersmarthütte 100 ¾ bez.; Kramsta 105 ⅜ Bd.

Breslau, 17. Januar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe fest, ordinäre 11—12 Thlr., mittlere 12—13 Thlr., feine 14—14 ½ Thlr., hochfeine 15—16 ½ Thlr. pr. 50 Kilogr. Kleesaat, weiße unverändert, ordinäre 12—14 Thlr., mittlere 16—17 ½ Thlr., feine 18—20 Thlr., hochfeine 21—22 ½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Roggen (pr. 1000 Kilogr.) niedriger, pr. Januar 57 ½ Thlr. Bd., Januar-Februar —, Februar-März —, April-Mai 57 Thlr. bezahlt u. Bd.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 85 Thlr. Bd.

Gerste (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 52 Thlr. Bd.

Safer (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 42 Thlr. Bd., April-Mai 44 Br.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 103 Thlr. Bd.

Rüböl (pr. 100 Kilogr.) behauptet, loco 22 ½ Thlr. Br., pr. Januar 22 ½ Thlr. Br., neue Wance 23 Thlr. Br., Januar-Februar 22 ½ Thlr. Br., neue Wance 23 ½ Thlr. Br., Februar-März 22 ½ Thlr. Br., neue Wance 23 ½ Thlr. Br., März-April —, April-Mai 23 Thlr. bezahlt, neue Wance 23 ½ Thlr. Br., Mai-Juni neue Wance 24 Thlr. Br., September-October neue Wance 24 ½ Thlr. Br.

Spiritus *) (pr. 100 Liter à 100 %) fest, loco 17 ½ Thlr. Br., 17 ½ Thlr. Bd., pr. Januar und Januar-Februar 17 ½ Thlr. Bd., April-Mai 18 ½ Thlr. bezahlt, Gd. und Br., Mai-Juni 18 ½ Thlr. bezahlt.

Zink. Cobulla-Marken auf Lieferung 7 ½ Thlr. bezahlt.

Die Börsen-Commission.

*) Loco 16 Thlr. 3 Sgr. 2 Pf. Br., 15 Thlr. 24 Sgr. — Pf. Bd. pr. Januar u. Januar-Februar 16 Thlr. 3 Sgr. 2 Pf. Bd., April-Mai 16 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf. bezahlt, Gd. und Br., Mai-Juni 16 Thlr. 23 Sgr. 10 Pf. bezahlt, alles 100 Quart bei 80 % Tralles.

2 [Vereinigte Königs- und Laurahütte.] Während die „Berl. Börsenzeitung“ gestern aufs Neue ganz bestimmt versicherte, daß die Vermehrung des Grundcapitals und die Ausgabe neuer Actien „nunmehr ganz nahe bevorstehe“, womit die große Courssteigerung zusammenhänge, welche die Actien seit einigen Tagen erfahren haben — wird von anderer Seite „aus zuverlässiger Quelle“ gemeldet, „daß seitens der Gesellschafts-Vorstände der Königs- und Laurahütte“ über eine Vermehrung des Actien-Capitals bis zur Stunde noch kein Beschluß gefaßt sei.“ — Es ist dies innerhalb acht Tagen die vierte Version über diese Angelegenheit! Wir glauben, daß es Pflicht der Gesellschafts-Vorstände ist, den Sachverhalt in klarer und bestimmter Weise darzulegen, und auf diese Weise das Publikum davor zu bewahren, durch Ausbreitung falscher Gerüchte in Schaden gebracht zu werden.

** [Breslauer Schlachtviehmarkt.] Marktbericht der Woche vom 13. und 16. Januar. Der Auftrieb betrug: 1) 330 Stück Rindvieh (darunter 137 Ochsen, 193 Kühe. Man zahlte für 50 Kilogr. Fleischgewicht excl. Steuer Prima-Waare 16 — 16 ½ Thlr. — 2) 11. Qualität 12 — 13 Thlr., geringere 8 — 9 Thlr. — 3) 786 Stück Schweine. Man zahlte für 50 Kilogr. Fleischgewicht beste feinste Waare 16 ½ — 17 ½ Thlr., und darüber, mittlere Waare 13 — 14 Thlr. — 4) 1809 Stück Schafvieh. Gezahl wurde für 20 Kilogramm Fleischgewicht excl. Steuer Prima-Waare 5 ½ — 6 Thlr. Geringste Qualität 2 ½ — 3 Thlr. — 5) 448 Stück Kalber wurden mit 11 bis 13 Thlr. und darüber pro 50 Kilogr. Fleischgewicht excl. Steuer bezahlt.

[Wiener Unionbank.] Es ist bereits mehrfach behauptet worden, der letztjährige Reingewinn der Wiener Unionbank betrage 12 ½ Millionen Gulden. Diese Angabe wird jetzt von dem gewöhnlich wohlunterrichteten Correspondenten der „Frankf. H.-Z.“ vollständig bestätigt und zwar mit dem Bemerkten, daß 5 Millionen zur Dotirung des Reservefonds und Bildung einer außerordentlichen Reserve zurückbehalten, 7 ½ Millionen aber an die Aktionäre vertheilt werden sollen.

** Berlin, 15. Januar. [Markt-Bericht über Bergwerks-Producte und Metalle.] Die im Metallgeschäft eingetretene Haubebewegung dauert fort und macht sich namentlich für Roheisen geltend, worin zu erhöhten Preisen belangreiche Umsätze stattfinden. — Kupfer. In England feste Stimmung. Chili 90 — 91 Pfd. St. Wallaroo 97 Pfd. St. Armenetia 88 Pfd. St. Hiesiger Preis für englische Marken 32 bis 33 ½ Thlr. per Ctr. Mansfelder Garkupfer 32 Thlr. per Ctr. Raffinade 32 ½ Thlr. per Ctr. ab Hütte. Detail-Preise 1 — 1 ½ Thlr. höher. — Bruchkupfer 29 Thlr. loco pr. Ctr. — Zinn ziemlich unverändert. Banca in Holland 86 ½ Fl. Hier Bancanin 52 ½ — 53 Thlr. per Ctr. Straits in England 142 Sch. Hier Prima Lammzinn je nach Qualität 50 ½ — 51 ½ Thlr. pr. Ctr. Secunda desgleichen 45 Thlr. pr. Ctr. Im Einzelverkauf verhältnismäßig höhere Preise. — Bruchzinn 35 — 36 Thlr. pr. Ctr. — Zink fester. In Breslau W. H. von Giesche's Erben 7 ½ Thlr., geringere Marken 7 ½ bis 7 ¾ Thlr. pr. Ctr. In London 24 Pfd. St. 10 Sch. Hier am Plage erstere 8 ½ — 8 ¾ Thlr., letztere 8 ½ Thlr. pr. Ctr. Im Detail verhältnismäßig höher. — Wismuth-Zink 4 ½ bis 4 ¾ Thlr. loco pr. Ctr. — Blei preishaltend, Tarnobitzer sowie von der Paulshütte, G. von Giesche's Erben, ab Sütte 7 ½

Telegraphische Course und Börsennotizen.

(Aus Wolff's Telegraph.-Bureau.)

Berlin, 17. Januar, 2 Uhr 25 Min. Nachm. [Schluß-Course.]			
Schluß-Schwach.			
(1. Depesche) vom 17.		16.	
Bundess-Anleihe	—	—	175 1/2
Proc. preuß. Anleihe	—	—	126 1/2
4 1/2 pr. preuß. Anleihe	102	101 1/2	124 1/2
3 pr. Staats-Schuld.	89 1/2	89 1/2	86 1/2
Polener Pfandbriefe	90 1/2	90 1/2	92
Schlesische Rente	94	94	129 1/2
Bombarden	115 1/2	115	75 1/2
Defferr. Staatsbahn	205 1/2	205 1/2	76 1/2
Defferr. Credit-Actien	201 1/2	200 1/2	65 1/2
Italienische Anleihe	65 1/2	65	114
Amerikanische Anleihe	97 1/2	97 1/2	—
Zähr. Spr. 1865er Anl.	52 1/2	52 1/2	92
Rum. Eisenb.-Oblig.	44 1/2	44 1/2	91 1/2
1860er Loose	96 1/2	95 1/2	—
Defferr. Papier-Rente	61 1/2	61 1/2	—
Defferr. Silber-Rente	65 1/2	65 1/2	6, 20 1/2
Centralbank	111 1/2	111 1/2	79 1/2
Product.-Handelsbank	—	—	82 1/2
Schles. Handelsbank	158 1/2	158 1/2	92 1/2
Bresl. Discontobank	120 1/2	120 1/2	82 1/2
do. junge	—	—	—
Bresl. Wechselbank	127 1/2	127 1/2	—
Bresl. Märkerbank	138 1/2	136 1/2	61 1/2
Märker-Vereinsbank	106	106	84
Prob.-Wechselbank	107	107	—
Entrepot.-Gesellschaft	—	—	—
Waggonfabrik Rintke	92	92	—
Hörsing'sche Bank	101 1/2	100	89 1/2
Eisenbahnbau	99 1/2	99 1/2	82
Oberösch. Eisenb.-Verb.	155 1/2	155	105 1/2
Masch.-Fabr. Schmidt	—	—	160 1/2
Laurahütte	243 1/2	243 1/2	123 1/2
Darmstädter Credit	187 1/2	187 1/2	89 1/2
Oberösch. Litt. A.	217 1/2	217 1/2	119 1/2
Breslau-Freiburg	124 1/2	124 1/2	120
Vergische	131 1/2	131 1/2	92
Görlitzer	115 1/2	117 1/2	130 1/2
Gallizier	105 1/2	105 1/2	108 1/2
Rhein-Münchener	165 1/2	165 1/2	100
Wäiner	175 1/2	175 1/2	90 1/2
Rechte D.-Uf.-St.-A.	127 1/2	127 1/2	—
Rechte D.-Uf.-St.-B.	124 1/2	124 1/2	—
Warschau-Wien	86 1/2	86 1/2	—
Defferr. 1864er Loose	92	92	—
Russ. Präm.-Anl. 1866	128 1/2	128 1/2	—
Russ.-Poln.-Schugobl.	75 1/2	75 1/2	—
Poln. Pfandbriefe	76 1/2	76 1/2	—
Poln. Eiq.-Pfandbr.	65 1/2	65 1/2	—
Dairische Präm.-Anl.	115	115	—
4 1/2 pr. Oberösch. Pr. F.	—	—	—
Wien kurz	92 1/2	92 1/2	—
Wien 2 Monate	91 1/2	91 1/2	—
Hamburg lang	—	—	—
London lang	—	—	—
Paris kurz	—	—	—
Warschau 3 Tage	82 1/2	82 1/2	—
Defferr. Bantnoten	92 1/2	92 1/2	—
Russ. Bantnoten	82 1/2	82 1/2	—
Nordb.-St.-Priorit.	—	—	—
Braunschw.-Hannob.	—	—	—
Lauchhammer	—	—	—
Berl. Wechselbank	59 1/2	59 1/2	—
do. Prob.-do.	84	84	—
Hörsing'sche Bank	—	—	—
Franko-Italienerbank	89 1/2	89 1/2	—
Austro-Türken	—	—	—
Hörsing'sche Bank	84 1/2	84 1/2	—
Kramsta	105 1/2	105 1/2	—
Wiener Unionbank	160 1/2	160 1/2	—
Petersb. int. Hörsing'sche	123 1/2	123 1/2	—
Bresl. Oelfabrik	89 1/2	89 1/2	—
Reichseisenbahn	119 1/2	119 1/2	—
Weltsp. Marmorwrl.	—	—	—
Schles. Centralbank	92	92	—
Habnische Effectenbank	120	120	—
Schles. Vereinsbank	108	108 1/2	—
Harzer Eisenbahnbed.	100	100	—
Erdmannsdorff-Exmin.	—	—	—